

# Bergarbeiter-Zeitung

verbunden mit

## Glück-Mus.

Abonnementspreis 50 Pf. pro Monat,  
Durch die Post pro Monat 1,50 Mark; pro Quartal 4,50 Mark.  
Einzelne Nummern 1 Mark.

Telephonier. ab. Organ zur Förderung der Interessen der Bergarbeiter und verwandten Berufe.

Telegramm-Adresse:  
Klubverband Bochum.

Unverlangt eingegangene Manuskripte werden nicht zurückgesandt.  
Bei Abdruck unserer Originalartikel bitten wir um Quellenangabe.

Verantwortlich für die Reaktion: Theodor Wagner, Bochum.  
Druck u. Verlag von Hansmann & Co., Bochum, Wiemelhäuserstr. 42.

### Zum „Zentral-Arbeitsnachweis“.

Motto: Die „Schwarzen“ habt ihr abgeschafft,  
Doch schlimmer trifft dafür in Kraft,  
Die Fesselung an Arm und Bein,  
Der Bergmann soll Selot nur sein. —

Knappen, Fröner, habt acht!  
Die Ihr hauset tief im Schacht,  
Tief in Kluft und Felsenspalte,  
Wieder tut man euch Gewalt. —

Wieder hat man ausgeheckt,  
Was euch zwängt, was euch schreit,  
Was bis jetzt euch unbekannt,  
„Arbeitsnachweis“ zubenannt. —

„Arbeitsnachweis“, welcher Hohn!  
Wo man nur verschärft die Fron,  
Nur die Reite fester schließt,  
Nur noch schlimm’re Peile schießt. —

Alle, die ihr noch im Wahn  
Seid der Dummkopf untertan;  
Die der Zwietrachtsteufel zwickt,  
Die ihr krümmt euch noch und blickt. —

Lässt, o laßt den Unverstand,  
Reicht euch brüderlich die Hand;  
Alle, alle zieht zur Schlacht  
Gegen Druck und Niedertracht. —

5. R.

Ihre Organe erneut die Sperrerei. Und als dann die Bergarbeiter im Jahre 1906 durch eine Eingabe an die zuständigen Behörden die Befreiung der Sperrerei verlangten, auch da noch erklärte die „Münchner Zeitung“, daß es feststehe, daß eine Sperrerei im Sinne der Eingabe nicht bestehle.

Wollten die Werksherren von uns verlangen, daß wir uns mit den Verteuerungen in der Antwort des Bergverbandes zufrieden geben? Da müßten wir ja dümmer sein, als es die Polizei erlaubt!

### Der Arbeitsnachweis, ein langgehegter Wunsch der Grubenbesitzer.

Ende September 1905 gab sich der Verein für Sozialpolitik ein Stellbüchlein in Mannheim. An den Tagungen dieser „gemischten Gesellschaft“ nahmen bekanntlich die Vertreter der verschiedensten Theorien teil. Da zauderten sich anerkennende Schriftsteller mit sogenannten „sozialistischen Wohlhaberfrüchten“ um die verschiedenen volkswirtschaftlichen und sozialpolitischen Probleme herum. Es kommt bei solchen Anlässen nicht viel heraus, wohl aber kommt es zur Ablösung von mehr oder minder wichtigen Denkschriften einzelner Gelehrten.

Auf der Mannheimer Tagung des Vereins sprach unter anderem auch der Generaldirektor der „Gesellschaftsverein“ für die Erziehung von Arbeitsnachweisen der Unternehmer zu den Arbeitern ein und meinte hierbei:

„Im Gegensatz zu dem Syndikat hat der Bergbauliche Verein, weil er ein wirtschaftlicher Verein ist, sich mit den Arbeiterfragen zu beschäftigen. Dieser nimmt freilich nur die Stelle eines Mitgebers ein. Ich mache kein Hehl daraus, daß ich es für notwendig halte, daß dieser Verein sich zu einem geschlossenen Arbeitgeberverband zusammenfüge und den Arbeitsnachweis in die Hand nehme. Dieser Verband müßte es nach meiner Überzeugung aber ablehnen, mit den Arbeiterorganisationen zu verhandeln. (Große Verwirrung, Aufsehen! Unglaublich! Standabfall!)“

Herr Aldorf ließ also schon 1905 die Kugeln aus dem Sack!

Die Grubenbesitzerorganisation soll den Arbeitsnachweis in die Hand nehmen und es ablehnen — mit den Bergarbeiterorganisationen zu verhandeln! Aldorf hält den Arbeitsnachweis für ein Mittel, die Macht der Werksherren gegen die Arbeiter zu stärken. Heuchlerisch betont heute der von Aldorf erwähnte Becherverband, daß das Recht der Organisation nicht angestastet werden sollte. Groß lehnte Aldorf in Mannheim die Tarifverträge ab, sowie jedes Verhandeln mit den Arbeitern! Auch mit den gesetzlichen Gewerbeaufsichten will er nichts zu tun haben. Und er weiß, was ihm der Arbeitsnachweis im Kampfe gegen die Arbeiter bedeutet. Und der Becherverband weiß es auch, hält aber klugerweise z. B. mit seinen wirtschaftlichen Absichten zurück. Erst müssen die Bergarbeiter in die Falle gegangen sein. Dann wird man das Visier öffnen!

Als Aldorf sich in Mannheim als Herrenmensch aufzuladen drückte man schon im Ruhebecken den Bergleuten sogenannte Überweisungsscheine in die Hand, ohne die sie keine Arbeit erhalten. Das war ein Arbeitsnachweis in rohem Zustande, es war der Anfang, aber besser gesagt, der erste Versuch, die Freizüglichkeit auch freiwillig ablehnender Arbeiter zu beschränken und aufzuheben. Mit Recht wies damals der „Becknapp“ in Übereinstimmung mit Aussäßen der Verbandsführer auf die Auslassungen Aldorfs hin:

„Eins ist sicher: Wenn der bergbauliche Verein den Arbeitsnachweis in die Hand nimmt, wenn er mit den Arbeiterorganisationen nicht verhandelt, wenn er versucht, die Arbeiter zu zwingen, sich als willkürliche Arbeitgeber behaupten zu lassen, so wird dadurch der Friede in unserer Kohlenindustrie aufs ärgste gefährdet.“

Erst auf energischen Protest des Bergarbeiterverbandes und später der gemeinschaftlichen Bergarbeiterkonferenzen hin ließ man allmählich die Geschichte mit den Arbeitsnachweisen fallen, um später den Becherverband wirken zu lassen, der dann als Kampfmittel für sich auch das Schwarze Listenystem benutzte und die Aussperrung der sogenannten Kontrahenten und anderer mißliebiger Arbeiter besser organisierte. Es ist das derselbe Becherverband, der jetzt, nachdem die Schwarzen Listen nicht genügend wirkten, den Arbeitsnachweis durchführen will.

Ähnlich wie im Ruhebecken handeln die Grubenbesitzer auch in den anderen Bergrevieren Deutschlands. Auch hier wurden im Laufe der letzten Jahre Hunderte von Bergarbeitern ausgesperrt, geächtet und durch Schwarze Listen von den Gruben ferngehalten. In Dutzenden von Fällen konnten wir zeigen, wie sich die Verfolgungs- und Gegenverfolgung gegen Arbeiter wendete, die nur das Recht des Menschen und Bürgers für sich in Anspruch genommen hatten. Weil sie organisiert waren und weil sie gegen Unternehmervillkür sich wehrten, deshalb darf man sie brutal auf Strafenflüster, sperrte sie auf Monate und Jahre aus!

Also, das Verlangen der Grubenbesitzer, den Arbeitsnachweis für die Bergarbeiter einzuführen und zu zentralisieren, ist nicht neu. Unterstützt und geschockt wurden sie in ihrem Verlangen vornehmlich von der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände, die ja ihre Erfahrungen schon gemacht hat mit den Arbeitsnachweisen in den anderen Industriezweigen. So führte auf einer am 8. Dezember 1905 stattgefundenen geheimen Verbandsversammlung der Hauptstelle deutscher Arbeitgeberverbände der Generalsekretär und Oberschaffsführer Bued aus:

„Die Notwendigkeit von Arbeitsnachweisen in den Händen der Arbeitgeber hat sich durch die neuen Ereignisse auch wieder, wenigstens nach meiner Auffassung, erheblich bewiesen, und zwar in den großen, so hart in dem Streik geprägten Kohlenindustrie. In der Kohlenindustrie im Ruhebecken war es zu einer allgemeinen Gewohnheit der Arbeiter geworden, ihre Arbeitsstelle wie die Taube den Laubenschlag zu wechseln. Der Wechsel der Arbeiter hatte einen erheblichen Umfang angenommen. Um nach dem Streik einigermaßen größere Ruhe, wenigstens in dieser Hinsicht, herbeizuführen, hatten eine Anzahl Bechen Verabredungen untereinander getroffen, die es den Arbeitern erschwerten, einen Platz zu finden, wenn sie unbekannt in ihre Stelle ausgegeben hatten. Das war im Mai vorabredet worden. Ich bin weit entfernt, die Herren kritisieren zu wollen, oder zu glauben, daß ich es besser weiß, aber bei der langen Zeit, die in diesen sozialistischen Beziehungen und Verhältnissen steht, möchte ich doch für mich in Anspruch nehmen, in gewissem Grade doch ein Urteil abgeben zu dürfen. Das erwähnte

Und als nach dem großen Streik vom Jahre 1905 wiederum Hunderte von Arbeitern ausgesperrt wurden, da stritten die Grubenbesitzer und

Vereins- und Versammlungs-Anzeigen, kosten die siebenpfennige Kolonezeitung oder deren Raum 25 Pf., im redaktionellen Teil 1 Pf. Geschäftsanzeigen werden nach Erledigung der laufenden Austräge nicht mehr aufgenommen.

Es wird keine Garantie dafür übernommen, daß Inserate an einem bestimmten Platz, Tage oder überhaupt zur Ausnahme gelangen.

Vorgehen einer Anzahl Bechen war meiner Ansicht nach insofern ein Fehler, weil die Ablösung geschieden war. Die Arbeiter waren gewohnt, bei dem häufigen Wechsel ihrer Arbeitsstellen auf Widerstand in bezug auf die Ablösung nicht zu stoßen. Sie gaben also in gutem Glauben, daß dieses Verhältnis fortbestehe, ihre alte Stelle auf und fanden keine Aufnahme, waren daher ohne Arbeit und waren vielleicht in Not und Verlegenheit gebracht worden. In diesem Falle würde die Einrichtung eines Arbeitsnachweises, meiner Überzeugung nach, den Zweck viel besser erfüllt haben, als dieses Abkommen, das von einer Reihe von Bechen getroffen war. Ich glaube also, an diesem Beispiel, das ich ja deswegen angeführt habe, um nachzuweisen zu können, daß selbst die bedeutendste und größte Industrie mit der Errichtung von Arbeitsnachweisen ihre Zwecke erreichen kann und ihre Interessen außerordentlich wahren und fördern könnte. Gerade in der rheinisch-westfälischen Kohlenindustrie, die in einem verhältnismäßig kleinen Bezirk konzentriert auftritt, würde sich der Arbeitsnachweis seitens der Arbeitgeber verhältnismäßig leicht durchführen lassen.“

Daß eröffnete das Grubenbesitzerkomplott ab wegen ihres Tuns, und das zu einer Zeit, als die Grubenbesitzer noch das Komplott gegen die Bergarbeiter öffentlich bestritten! Bued rüffte aber nicht die Grubenbesitzer aus Mitteld für die Arbeiter ab, nein, er war nur gegen die gehobenen Verabredungen, weil sie die Errichtung von Arbeitsnachweisen verhinderten! Planmäßig und bis ins kleinste geregt sollte nach seiner Ansichtung die Verfeinerung der Arbeiter vor sich gehen! Herr Bued sieht jetzt seinen Wunsch in Erfüllung gehen!

### Der Arbeitsnachweis als Unterdrückungs-institut gegen die Arbeiter.

Es vermehren sich die Stimmen, die laut werden gegen das Vorhaben der Werksherren und die das Kind beim rechten Namen nennen. So wird den „Münchener Neuesten Nachrichten“, einem liberalen, bürgerlichen Blatt, unter dem Datum vom 16. Oktober u. a. folgendes geschrieben:

„Der Arbeitsnachweis des Becherverbandes hat aber noch eine andere Seite, die von dem Verband selbst nicht berücksichtigt wird. Er wird in sehr erheblichen Maße dazu beitragen, die Macht position der Arbeitgeber gegenüber den Arbeitern zu stärken. Denn er bietet nicht nur dazu, die Einstellung geeigneter Arbeitskräfte zu vermitteln, sondern auch eine Kontrolle über die Arbeiter auszuüben. Diese Kontrolle, die sich nach der Angabe des Verbands zwar nur auf die Mäßregelung kontaktschwächer Arbeiter erstreckt soll, kann sehr leicht und wird vermutlich auch ausgedehnt werden auf die Tätigkeit der Arbeiter bei etwaigen Streiks und in der Parteipolitik. Mit anderen Worten: Durch den Nachweis gewinnen die Arbeitgeber die Macht, nicht nur unfähige oder unzuverlässige Arbeiter von der Beschäftigung auf sämtlichen Gruben des Bezirkes auszuschließen, sondern auch den Arbeitern die Tätigkeit ihrer staatsbürgerlichen Rechte bei Strafe der Vernichtung ihrer Existenz zu verbieten.“

In dieser Richtung viert notwendig schon das bloße Vorhandensein eines solchen Arbeitsnachweises nach Hamburger System. Denn es liegt darin für sämtliche Arbeiter der beteiligten Werke die fortlaufende stillschweigende Drohung, daß sie bei Bekündung einer den Arbeitgebern nicht genügenden politischen Gesinnung oder bei einem Zusammenschluß zur Wahrung ihrer wirtschaftlichen oder sozialen Interessen in dem ganzen rheinisch-westfälischen Kohlenbergbau von jeder Gewerbemöglichkeit ausgeschlossen werden.

Wenn man berücksichtigt, daß die Gesamtbelegschaft im Ruhrkohlenbergbau im zweiten Viertel des laufenden Jahres rund 330 000 — eine Drittelmillion — Bergarbeiter beträgt, so erkennt man, eine wie ungemeine Macht in die Hand des zentralisierten Arbeitsnachweises gelegt ist.

Es ist durchaus anzuerkennen, daß der neu zu gründende Arbeitsnachweis eine für die Arbeitgeber sehr zweckmäßige, durch die wirtschaftliche und soziale Entwicklung geradezu gebotene und rechtmäßig nicht aufsetzbare Einrichtung ist, eine Einrichtung, die auch nicht durch eine etwaige Neuerung der Gesetzgebung dauernd mit Erfolg verhindert werden kann.

Dieser Arbeitsnachweis bringt aber — das darf nicht übersehen werden — Hunderttausende von Menschen, die der Staat mit dem Wahlrecht zu den Parlamenten, mit dem Koalitionsrecht und anderen staatsbürglichen Rechten ausgestattet hat, in dauernde, in lebenslängliche, vollständige Abhängigkeit von einer kleinen Minderzahl. Die Arbeiterschaft geraten fast in ein Untertanenverhältnis gegenüber dem Verbande der Unternehmer, der dadurch auch dem Staat gegenüber zu einem, die staatliche Ordnung weitgehend beeinflussenden Machtfactor, zu einem Staat im Staat wird.

Ganz abgesehen von der schon erwähnten Einigung des Koalitionsrechtes, des Wahlrechts und des Rechts der politischen Meinungsausübung, die in der Zentralisierung des Arbeitsnachweises für ein so großes Gebiet und eine so große Arbeiterschaft möglich wird, bringt die neue Einrichtung — auch ohne daß sie irgendwie mißbräuchlich gehandhabt wird — schwere Gefahren in die staatliche Ordnung mit sich. Dafür nur einige Beispiele:

Nach den Gesetzen des Staates ist Kontraktbruch nicht strafbar; der Verband bestrafst den Kontraktbruch seiner Arbeiter mit einer Mindeststrafe von 14 Tagen Arbeitslosigkeit! Der Staat bestimmt, daß die Rechtspflichtige nur von unabhängigen Gerichten ausgebüßt wird; der Verband läßt durch die von ihm abhängigen Arbeitsnachweisbeamten sehr empfindliche Strafen verhängen. Durch staatliche Gesetzesbestimmungen über Arbeitszeugnisse, Arbeitsbücher und die Unzulässigkeit von Vertragsverlängerungen ist dafür gesorgt, daß Angestellte und Arbeiter das Fortkommen in ihrem Beruf nicht über Gebühr erschwert werden darf, der zentralisierte Arbeitsnachweis vermag alle diese staatlichen Bestimmungen illusorisch zu machen!!!

Ein solchen Entwicklung darf der Staat nicht untätig zuschauen, wenn er nicht sich selbst aufgeben will. Verhindern zwar kann er die Errichtung eines zentralisierten Arbeitsnachweises nicht. Aber er kann den hier angedeuteten gefährlichen Nebeneffekten vorbeugen. Diese Nebeneffekte haben ihre Wurzel und ihre Ursache darin, daß es Bergarbeiterorganisationen sind, in deren Hand sich die neuen Maßnahmen vereinigt. Steht der Staat die Einrichtung unter seine Kontrolle, so schwinden, je nach der Wirksamkeit der Kontrolle, die Gefahren ganz

oder zum Teile. Wie Vaterne neuordnungs die Theateragenten einer staatlichen Kontrolle unterworfen hat, muss auch, sei es vom Reich, sei es von den Einzelstaaten, für die Arbeitsnachweise, jedenfalls für obligatorische Arbeitsnachweise der Arbeitgeberverbände nach Hamburger System, eine staatliche Maßnahmen geschaffen werden, wenn die staatliche Ordnung nicht entnennt Gefahren ausgesetzt werden soll."

Der Schreiber obiger Seiten überzeugt mit gutem Kennersein die Gefahren, die die Grubenbesitzer herausbeschövren, wenn ihre Pläne sich verdeckt und der Arbeitsnachweis in Kraft tritt. Nichts mehr und nichts weniger als ein Unternehmungsinstitut gegen die Arbeiter und ihre Organisationen soll der Arbeitsnachweis werden, der nicht nur den Arbeitern gefährlich wird, sondern, wie in dem Württembergs Organ zum Ausdruck gebracht wird, auch der öffentlichen Wohl und den Gesetzen unseres Staates!

Doch seien wir zu, was der Generalsekretär des Arbeitsgeberverbandes Hamburg-Altona, gleichzeitig Vorsteher der "Deutschen Arbeitsgeber-Bund" bei Freiherr v. Stolberg in seiner Broschüre: "Gewinn und Arbeitsnachweis" über den Hamburger Arbeitsnachweis zu sagen hat. Seine Darlegungen sind um so interessanter, als der Anhängerbeobachter es ja offen aussprechen, daß ihr Institut dem Hamburger Arbeitsnachweis angepaßt werden soll. Neiswitz sagt:

"Das Mittel — um die „Tyrannie der Gewerkschaften“ zu brechen — welches sich dazu bot, war die Errichtung eigener Arbeitsnachweise und hierzu ging der Verband der Eisenindustrie Hamburgs bahnbrechend vor. Dieser steht auch noch jetzt an der Spitze der Bewegung für die Errichtung von Arbeitsnachweisen durch die Arbeitgeber, und wir können selben Arbeitsnachweis am „Cratelkamp“ wohl als die ausgebildete Form jener Nachweisart ansehen. Als der genannte Verband seine Nachweistelle gründete, gestaltete er sie zuerst nur als Kontrollstelle aus, und zwar in der Weise, daß kein Arbeiter in den Betrieben des Verbandes neu eingestellt wurde, welcher nicht vorher im Arbeitsnachweis einen Arbeitsschein erhalten habe. Diese Form des Arbeitsnachweises genügte für den ersten Zweck, nämlich für die Einführung des Gewerkschafts-Arbeitsnachweises. Es wurden erbitterte Kämpfe darum geführt, ob der Arbeitsnachweis sich in den Händen der Arbeitgeber oder der Arbeiter befinden sollte, aber zuletzt siegte der feste Willen der Arbeitgeber. Nachdem ihre augensichtliche Unabhängigkeit von der Herrschaft der Sozialdemokratie errungen war, handelte es sich darum, diese Freiheit auch zu sichern. Das schien mir dadurch möglich, daß das bisherige Kontrollsystem ausgegeben wurde. Man sagte sich, daß man den Arbeitsnachweis so ausgestalten müsse, daß er den Arbeitern und den Arbeitgebern in gleicher Weise greifbare Vorzeile gewähre."

Nachdem Neiswitz über die innere Verwaltung des Arbeitsnachweises am "Cratelkamp" berichtet, heißt es weiter:

"Nach dem Vorgange des Verbandes der Eisenindustrie sind in Hamburg-Altona eine größere Anzahl Arbeitsnachweise von den Arbeitgebern errichtet worden, und desselben befinden sich heute in vielen Städten, z. B. Berlin, Hannover, Magdeburg, Leipzig, Dresden usw., Arbeitsnachweise in Händen der Arbeitgeber. Die meisten dieser Nachweise stehen miteinander in Verbindung, so daß sie den Mangel an Arbeitern in einem Orte durch Zusendung aus andern Orten ausgleichen suchen. Um diesen Ausgleich zu erleichtern, wird den Arbeitern vielfach Vorschlag für die Meistertitel gewährt. Bei ausbrechenden Streiks stehen diese Arbeitsnachweise selbstverständlich sofort auf Seiten der Arbeitgeber, als sie die Heranziehung von Arbeitswilligen zu bewirken haben. Hierbei unterscheiden sie sich gegenüber in der gleichen Art, indem sie also die Leute für den Streikort engagieren, ihnen Meistertitel gewähren."

Ein Kampfesbureau gegen die Arbeiterorganisationen und ein Streikvermittelungsinstitut ist nach Neiswitz, der ja persönlich an dem Hamburger Arbeitsnachweis interessiert ist, diese Schlußfolgerung.

Die Darlegungen, wie wir sie aus dem Württembergs Blatt abdrucken, werden schon genügend durch die Neiswitzischen Ausführungen ergänzt. Über lassen wir noch einen andern sprechen, dessen Ausführungen sich gleichfalls auf Erfahrungen stützen und die auch interessant genug für die Beurteilung des Hamburger Arbeitsnachweises sind. Es handelt sich um einen unserer Freunde, der Angestellter des Metallarbeiterverbandes in Hamburg ist und der uns u. a. in einem Briefe über den Arbeitsnachweis in Hamburg schreibt:

"Um den Arbeitsnachweis hier selbst (Hamburg) schließt sich eine ganze Dornenhecke von Erzählungen und Gerüchten. Der Arbeitsnachweis des Verbandes der Eisenindustriellen, genannt Magazinregierung bzw. e.a., hat die gesuchte Arbeitsvermittlung für die hiesigen Werften, Maschinenfabriken, Eisenvereinen und Eisenkonstruktionswerke in der Hand. Freihändige Einstellung durch Meister oder Werkführer ist gänzlich ausgeschlossen. Die auf dem Arbeitsnachweis beschäftigten Beamten befinden gegenüber den arbeitsuchenden Arbeitern sehr häufig. Es kann in zahlreichen Fällen, die sich durch die Abhängigkeit der Arbeitsuchenden von dem Arbeitsnachweisbureau heraus erklären lassen."

Der Arbeitsnachweis ist eine der schärfsten Waffen in der Hand der Arbeitgeber, sein Wirkungskreis reicht weit über Hamburg hinaus, er vermittelt Arbeit für alle deutschen Werften und macht sich besonders stark benachbart bei Streiks und Aussortierung. Der hiesige Arbeitsnachweis ist gleichzeitig eine Schule, in dem andere Leiter von Arbeitsnachweisen gleichen Kalibers ausgebildet werden. Selbstverständlich wird ihm der weitgehendste behördliche Schutz gewahrt.

Früher kam es häufiger vor, daß sich Arbeitsuchende und Verwaltungsbeamte in die Haare gerieten und sich prügeln. Das ist heute unmöglich, weil das ganze Gemse wie eine Mausefalle gebaut ist. Den Eingang bildet ein starkes eisernes Tor mit Dreiflügel und eisernen Türen. Daneben steht der Schutzmansposten. Benimmt man ein Arbeitsuchender nach Ansicht des Verwaltungsbeamten renitent, kann er bequem vom Schutzmann zur Abfahrt empfangen werden.

Arbeitsuchende, die etwa mit einem Strich gezeichnet sind, werden trotz vorhandener Arbeitsgelegenheit lange Zeit ohne Arbeit gelassen oder überhaupt zurückgewiesen. Jemand einen Einfluss haben die Organisationen auf dieses Institut nicht und darum wird es für die Unternehmer uninteressant. Die Stuhlhägerleute tun gut, sich mit aller Kraft gegen ein solches Zwangswesen zu wehren, oder aber sie müssen dafür sorgen, daß sie Einfluss auf den Arbeitsnachweis gewinnen."

Eine nähere Beleuchtung und Kritik unsererseits den obigen angezeigten Ausführungen gegenüber, magst du überflüssig. Was da geschrieben worden ist, spricht für sich selbst und blendt gleichzeitig eine ernste Bedrohung an die Arbeitnehmer, sich mit aller Energie dem Vorhaben der Grubenbesitzer entgegen zu stellen. So wie es die Grubenbesitzer wollen, darf das Naturamt in Kraft treten. Stark, wahrhaftig, kräftig, eure Organisation, den deutschen Bergarbeiterverband! Nur wenn die Kameraden fest und geschlossen in der Organisation zusammen stehen, wird es möglich sein, das Arbeitserziehungsinstitut abzuweisen. Was auch die Wertschreiter und ihre Organe angehen zugunsten des Arbeitsnachweises, lasst Bergarbeiter euch nicht irre machen. Wohin die Reise geht, das glauben wir vornehmlich genügend dargelegt zu haben."

### Das Steigerorgan gegen den Arbeitsnachweis.

Gegenau auf den Gruben die Betriebsführer mobil machen sollen, um unter den Bergleuten Stimmung für den Arbeitsnachweis zu erzielen, kommt das Organ des Steigerverbandes her und heißt gut, daß die Bergleute sich gegen das Vorhaben der Wertschreiter wenden. Das steigerorgan lädt sich u. a. wie folgt aus:

"Es kann diese Einrichtung die Mängel des Arbeiters zum Verhältnis gebracht werden, ist mehr als zweifelhaft. Im Gegenteil ist es anzusehen, daß die Bergarbeiterchaft sich mit aller Macht

gegenüber austschlagen wird. Der Süder, daß die Klässperrung wegen Kontraktbruchs mindestens von sechs Monaten — nicht sechs Wochen, wie die „Niedersch-Westfälische Zeitung“ meint — auf zwei Wochen vermindert werden soll, bleibt bei den Arbeitern schwerlich verstanden. Denn dieser — sagen wir mal — Verbesserung des gegenwärtigen Zustandes stehen insofern die dezentrale Bergschule erstmals in Bezug auf die Bergbau- und Gewerbe-Verarbeitung zugute. Die durch Gesetz und Recht verbrieftete Freizügigkeit wird durch die Bestimmungen des Arbeitsnachweises geradezu in Gestalt geschlagen. Das kann und wird sich eine organisierte Bergarbeiterchaft auf keinen Fall gefallen lassen."

Wie möchten die Bergarbeiter an dieser Stelle noch dringend warnen, den Lockungen auf den Gruben, wie sie zugunsten des Arbeitsnachweises eingeleitet worden waren, zu folgen. Die Betriebsführer einer Anzahl Gruben haben nämlich beschlossen, zunächst die „besseren“ Arbeiter, z. B. Schlosser, Werkzeugmacher und gewiß auch die Unterbeamten für den Werkbestellerplan einzutragen. Diese sollen dann die Stimmungsmache für den Arbeitsnachweis besorgen. Die Kameraden werden sich darum einsetzen müssen, damit den Bergbauern das Handwerk gründlich vorborben wird.

### Die evangelischen Knappen gegen den Arbeitsnachweis.

Während der Gesamtvorstand des Verbandes evang. Bergarbeiter am Sonntag in seiner Sitzung in Wanne seine Stellungnahme in Aussicht gestellt hat, beschloß der Verbandstag des Niedersch-Westfälischen Verbandes evang. Knappen-Knappeschafstvereine, der am Sonntag im Siegerheim in Essen tagte, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen Friedens im westdeutschen Industriegebiet, nach einem Vortrag des Vorstandes Gebhard Böttrop eine Petition an den Reichskanzler sowie eine Resolution gegen den Arbeitsnachweis. Die Petition lautet:

"Die große Gefahr darzulegen, die diese Einrichtung (des Arbeitsnachweises) für das Sozialstaatrecht und den freien Arbeitsnachweis mit sich bringt, erübrig sich. In der Arbeiterschaft macht sich bestiger Unwillkühr über diese einseitige terroristische Maßnahme des Bechenverbandes geltend. Wir sind in großer Sorge um den Verlust des wirtschaftlichen

iehenen. Nach dem Unglück auf Gladbeck hat die österreichische Regierung dem Parlament einen Gesetzentwurf unterbreitet, der den Gesetzentwurf der preußischen Regierung in der Frage der Sicherheitsmänner nachgebildet war. Auch dem Arbeitsbeirat wurde der Entwurf unterbreitet. Im Arbeitsbeirat wurde dieser Entwurf von den Vertretern der Arbeiter, wie der Unternehmer, verworfen, wenn auch aus entgegengesetzten Gründen heraus. Der Ausschuss des Arbeitsbeirats bestimmt nun zwei seiner Mitglieder, den Bergbau- und Dr. Marples, einen neuen Entwurf auszuarbeiten und dem Arbeitsbeirat vorzulegen. Ein solcher Entwurf kam als Kompromiß zu stande, der den Wunsch der Bergarbeiter nicht finden kann. Ebert rügt an, dem Kompromiß, das ein Gesetz über die Sicherheitsmänner nicht ausschaltet, daß er keine Sicherung der Sicherheitsmänner vor Maßregelungen bleibe. Das Schiedsgericht, das die einzelnen Fälle der Maßregelungen hier zu entscheiden habe, hätte den Sicherheitsmännern keinen genügenden Schutz, abgesehen von dem unsäglichen Verfahren, das die Schiedsgerichte nach sich ziehen. Durch Dienstordnungen zwingt man die Sicherheitsmänner zum Gehorsam. So steht in der behördlich genehmigten Dienstordnung für Mährisch-Ostrau: „Jeder Arbeiter ist verpflichtet, jede Anordnung ohne Widerspruch auszuführen.“ Mit solchen Bestimmungen kann man die Sicherheitsmänner jederzeit gezwungen treffen. Ferner habe man im Kompromiß besonders hervorgehoben, daß den sogenannten Bergbaugenossenschaftsdelegierten nicht einmal der Schutz zuteil werde vor einer Maßregelung, wie es auf dem Papier wenigstens für den Sicherheitsmann stehe. Ebenso sei im Kompromiß festgelegt, daß sich der Sicherheitsmann mit Lohnfragen nicht zu beschäftigen hat. Jeder Fachmann wisse aber, daß die Frage der Sicherheit in den Gruben von der Lohnes nicht zu trennen sei. In Elbogen wurde ein Bergkommissar strafweise versetzt, weil er einem Unternehmer gesagt hat: „Sie zahlen zu wenig Lohn, da kann doch der Arbeiter, wenn er etwas verdienen will, nicht vorsichtig sein.“ Wenn schon ein Bergkommissar gemäßigt wird, wie soll es da erst einem Arbeiter ergehen, der die Lohnfrage mit der Lohnfrage in Verbindung bringt. Der Berggesetzentwurf und andere Novellen zum Berggesetz haben sich inzwischen erledigt durch die Schließung des Parlaments. In welcher Form? Inzwischen verlautet, daß die Regierung den Entwurf einzigen Änderungen unterzogen hat. D. R. Sie wieder angebracht wird, ist abzusehen.

Dr. Marples verteidigte den Kompromiß. Das, was die Bergarbeiter sich in der Frage der Berginspektion als Ziel gesetzt hätten, sei nicht zu erreichen gewesen. Die beste Art der Inspektion bliebe den Bergleuten vorläufig versagt. So sei es zu einem Kompromiß gekommen, der an sich als kein Ideal hingestellt werden kann. Aber eins sei doch festzuhalten, daß man der Förderung, die Vermehrung der heutigen Berginspektionsbeamten durch sogenannte Assistenten vorzunehmen, unternehmerisch schon zugestimmt habe. Die Regierung soll sie ernennen und zwar für je 2000 Arbeiter einen Assistenten, auch aus Arbeiterkreisen. Die Arbeiterassistenten sollen theoretisch ausgebildet werden, um ihre Aufgaben verstehen zu können. In Frage kommen 60 derartige Assistenten, sicher einen Erfolg, der hoch anzuschlagen ist. Die Sicherheitsmänner würden in ihrem Amt dadurch beschränkt, aber im Kompromiß sei deren Immunität sichergestellt. Wenigstens hätten die Unternehmer diese Konzession gemacht. Der Kompromiß fordere die Arbeiterassistenten und auch die Sicherheitsmänner, die ersten mit einer größeren Verantwortung, wie sie die letzteren zu tragen hätten. Was durch den Kompromiß erreicht werden soll, würde jede andere Branche als großen Erfolg ansehen.

Der Vorsitzende der Union, Kamerad Carolin, gab ein Bild über die Verhandlungen im Arbeitsbeirat. Marples und Bauer wurden gewählt, um eine Vorlage über die Bergwerkspolizei auszuarbeiten. Sie hätten aber einen Kompromiß geschlossen, wobei Bauer auf seinem Standpunkt geblieben. Marples aber zurückgewichen ist. Eine Art Arbeiterinspektorin wollen wir durch die Bergarbeiter gewählt wissen. Sonst ähnlich diese Assistenten den sogenannten Inspektoren in Preußen. Damit sei den Bergleuten nicht geholfen. Nach der Regierungsvorlage hätten die Sicherheitsmänner jede Woche inspizieren müssen, nach der Kompromißvorlage nur monatlich einmal. Carolin verteidigte dann die Beschlüsse der internationalen Kongresse der Bergarbeiter. Im übrigen sei ja gar nicht so sicher, daß Assistenten, wie sie der Kompromiß vorsehe, von der Regierung ernannt würden. Das liege noch im Dunkeln. Eine ganze Anzahl Delegierte, die nach Carolin das Wort nahmen, unterstützten dessen Ansichten. Dahingegen verteidigten die Abgeordneten Neumann und Beer den Kompromiß, der das Erreichbare in sich schloß. Kamerad Polkorn stellte sich den Unionssührern zur Seite und zeigte in längeren Ausführungen, wie die bisherige Inspektion nicht in der Lage gewesen sei, eine Verminderung der Unfälle herbeizuführen.

Er legte dann dar, welche Aufgaben die Arbeiterkontrolleure zu erfüllen hätten und daß zu ihrer Tätigkeit die theoretische Schulung nicht direkt nötig sei. Auch er sei der Meinung, daß Unfallfragen sich nicht von Lohnfragen trennen lassen. Wenn die Bergarbeiter heute genau nach den Sicherheitsvorschriften arbeiten wollten, würde langsam gearbeitet werden, als bei der passiven Resistenz der Eisenbahner und die Bergarbeiter würden nicht das Salz auf das Brot verdienen. Die Bergarbeiter, die die Vorschriften im Bergbau zu beachten hätten, könnten diese auch überwachen. Er (Polkorn) verwarf nicht erwähnte Arbeiterassistenten. Man solle die Erneuerung durch den Staat ruhig abwarten, aber das Hauptgewicht und die Hauptarbeit auf eine gründliche Reform der Grubeninspektion im Sinne der internationalen Bergarbeiterkongresse legen, dazu biete der Gesetzentwurf der österreichischen Regierung die beste Gelegenheit. Von einer Verprüfung des Sicherheitsmännerystems wolle er entschieden abraten. Im österreichischen Reichstag sei auch eher Gelegenheit, etwas verständiges zu tun, als im preußischen Dreiklassenparlament. In dem Fraktionsentwurf zu der Sicherheitsmännerfrage seien eine Anzahl Bestimmungen enthalten, die nicht nur überflüssig, sondern auch schädlich für die Bergarbeiter wie für die sogenannten Sicherheitsmänner sind, falls diese Bestimmungen Geheimschaft erhalten. Sie müssen gestrichen werden. Der Fraktionsentwurf wie der Kompromiß zeigen, daß in der Frage der Bergarbeiterkongressabstimmung Fraktion und Unionsteilung mehr in Fühlung als bisher treten müssen. Geschieht das, dann sind die Debatten nicht unkonsequent gewesen.

Nochmals rüsten Dr. Marples und nach ihm der Abgeordnete Schrammel die Haltung der sozialdemokratischen Vertretung im Arbeitsbeirat zu verteidigen, wurden aber von Ebert gebeten, ihre Ansichten nicht aufrecht zu erhalten. Im übrigen seien auch die Unternehmer nicht mit dem Kompromiß einverstanden, sodass die Hoffnung auf dessen Durchführung nicht besteht.

Nach dieser Auseinandersetzung wurde eine Kommission eingesetzt,

die alle zu diesem Punkt gestellten Anträge einer Redaktion unterwerfen sollte. In diese Kommission wurden gewählt Dr. Marples, die Abgeordneten Neumann und Schrammel, die Unionssprecher Carolin und Ebert sowie Kamerad Polkorn. Wir lassen die Resolutionen, die auf dem Unionstag einstimmig angenommen wurden, im Wortlaut hier folgen:

Über Arbeitszeit und Sonntagsruhe.

Der Unionstag der Bergarbeiter Österreichs, dessen Delegierte mehr als 33 000 organisierte Bergarbeiter vertreten, stellt fest, daß die ganze österreichische Gesetzgebung veraltet ist und daß insbesondere die Bestimmungen fehlen, die nötig sind, die Gefahren zu beseitigen oder doch wenigstens vermindern, von denen die Bergarbeiterfamilie ausgeht. Wie sehr die Bergarbeiterfamilie durch die ungerechte Profitsuche der Bergwerksbesitzer Gefahren ausgesetzt ist, beweisen die amtlichen

Nachweise über die Erkrankungen und über die schweren und tödlichen Verletzungen sowie die hauptsächlich geworbenen Ursachen von Gruben- und Bergarbeiterunfällen. Durch die Sicht der Grubenbesitzer, mit den ihren Händen überantworteten Naturräumen Wucher zu treiben, werden die Bergarbeiter mutwillig und gewissenlos zahlreichen Gefahren ausgesetzt, die ihr Leben und ihre Gesundheit schwer bedrohen.

Wie weit die Händler der Werksbesitzer geht, hat die Regierung im Motivbericht zur Novelle des Allgemeinen Berggesetzes angekündigt, indem sie bemerkt, daß die Bergwerksbesitzer die ihnen verliehenen Bergbauberechtigungen „nicht immer“ im Interesse der Allgemeinheit und nach den Grundsätzen der Christlichkeit verwaltet haben. Der Unionstag spricht sein Bedauern darüber aus, daß die Regierung schwach genug war, den Entwurf, der der primitiven Ausbeutung der Bergwerke zu Gunsten des Staates Schranken setzen sollte, zurückzuziehen, weil die Werksbesitzer ihr Missfallen an ihm zum Ausdruck brachten. Die Schwäche der Regierung gegenüber den Werksbesitzern läßt erkennen, wie es mit dem gesetzlichen Bergarbeiterbeschluß in Österreich aussieht.

Zur Verbesserung des Bergarbeiterbeschusses fordert der Unionstag:

1. Die Einführung der 8-Stunden-Woche für alle beim Bergbau beschäftigten Arbeiter über und unter Tag, einschließlich der Ausfahrt und einer halbstündigen Ruhepause. Die Arbeitzeit in Gruben mit hoher Temperatur ist auf sechs Stunden herabzusetzen.

2. Die gesetzliche Durchführung der sechzehndreißigstündigen Sonntagsruhe, der wöchentlichen Lohnzahlung sowie das Verbot der Frauen- und Kinderarbeit.

#### Über die Bergwerkspolizei.

Der Unionstag der Bergarbeiter Österreichs wiederholt mit Wiederholung darauf, daß die von der Bergarbeiterfamilie immer wieder geforderte Berginspektion noch nicht eingeführt ist und die den Bergbehörden schon jetzt obliegende Berginspektion durch die Revierbeamten gänzlich ungenügend ist und mangelsatz durchgeführt wird, neuerlich und eindeutig die zur Durchführung einer wirksamen Inspektion von der gesamten Bergarbeiterfamilie häufig genug erhobenen Forderungen. Die Absicht der Regierung, die sich auch aus dem Gesetzentwurf, den sie seinerzeit dem Reichstag zugehen ließ, erkennen läßt, die Genossenschaftsdelegierten unter dem Namen „Sicherheitsmänner“ zur Berginspektion heranzuziehen, kann und darf nicht als Erfüllung der Wünsche der Bergarbeiter angesehen werden und der Unionstag reicht gegen solche Absicht entschieden Protest. Es ist völlig ausgeschlossen, daß diese Sicherheitsmänner, die der Willkür der Unternehmer ausgeliefert sind, da sie legitimen gesetzlichen Schutzes entbehren, die strenge Grubenkontrolle ausüben können, die zum Schutze des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter dringend gefordert werden müssen.

Der Unionstag fordert, konform den bisher stets erhobenen Forderungen der Bergarbeiter betreffend die Durchführung einer wirksamen Bergbaupolizei die Verordnung vom Staat zu beforder, aus dem Kreise der Bergarbeiter direkt gewählter Bergwerkspolizeiposten.

Unbefriedigt dieser Kardinalforderungen, auf deren endliche Durchführung im Gesetzeswege der Verband der sozialdemokratischen Abgeordneten immer wieder zu dringen verpflichtet wird, erwartet der Unionstag der Bergarbeiter schon jetzt den Wunsch der bestehenden Bergbaupolizei im Verordnungswege und rasche Ernennung einer entsprechenden Zahl von Inspectoren zum Zweck der ständigen intensiven Bergbaupolizei und die Heranziehung der Bergarbeiter zu diesem Inspektionsdienst. Zum Gegenstand der Erhebungen dieser Inspectoren sollen nicht nur die speziellen bergbaupolizeilichen Momente gemacht werden, sondern alle anderen Betriebsmomente, die mit der Sicherheit des Betriebes und mit der Sicherheit des Lebens und der Gesundheit der Bergarbeiter zusammenhängen. Die Regierung hat durch Verordnungen oder im Gesetzeswege Vorsorge zu treffen, daß den Bergarbeitern die in der einen oder anderen Form zur Bergwerkspolizei herangezogen werden, jener Schutz gewährleistet wird, der sie vor jeglichen Willkürakten der Bergwerksbesitzer oder ihrer bestellten Organe beschützt.

#### Über die Versicherung der Bergarbeiter.

Der Unionstag der Bergarbeiter Österreichs erhebt entschieden Protest gegen die Absicht der Regierung, die Bergarbeiter in allen Angelegenheiten der Arbeiterversicherung auch weiterhin der unerhörten Willkür der Grubenbesitzer auszuliefern.

Trotzdem sich die Gruberläden als absolut ungeeignet erwiesen haben, ihren sozialen Fürsorgezweck zu Gunsten der krank, invalid oder altersschwach gewordenen Bergarbeiter, für die Witwen und Waisen der Bergarbeiter zu erfüllen, sollen sie nach dem Regierungsentwurf über die Sozialversicherung doch fortbestehen bleiben, da sie sich in den Händen der Werksbesitzer und ihrer Beauftragten als ein vorzügliches Mittel zur sozialen Auseinandersetzung der Bergarbeiterfamilie erwiesen haben. Mit Hilfe der Gruberläden wird das auch für die Bergarbeiter geltende Koalitionsrecht wirkungslos gemacht und die Gruberläden erweisen sich daher als Fesseln für die gesamte Bergarbeiterfamilie.

Die Regierung beabsichtigt in ihrem Entwurf, trotzdem ihr diese Tatsachen bekannt sind, auch die Unfallversicherung der Bergarbeiter durch Schaffung einer berufsgenossenschaftlichen Unfallversicherungsanstalt für die Bergarbeiterfamilie den Bergwerksbesitzern auszuliefern. Hierdurch würde den Bergarbeitern eine neue Fessel angelegt werden, eine Absicht, die der Unionstag im Hinblick auf die gesamte Bergarbeiterfamilie drohenden Gefahren mit aller Entschiedenheit zurückweist.

Der Unionstag fordert: Gänzliche Befreiung der Gruberläden, Einrichtung der Bergarbeiterfamilie in die territoriellen Unfallversicherungsanstalten und in die allgemeine Sozialversicherung, welche auch Witwen- und Waisenrenten an Stelle der Kapitalsabschöpfung für die Hinterbliebenen zu gewähren hat.

Ferner wurde folgender Antrag Oberdorfer und Genossen angenommen:

Vor jeder Gesetzesaktion, die im Interesse der Bergarbeiter geschieht, soll rechtzeitig das Einverständnis der betreffenden Parteiinstanzen mit der Zentralorganisation der Bergarbeiter hergestellt werden.

Mit der Annahme der Resolutionen sind die Meinungsdifferenzen zwischen Bergarbeiterunion und sozialdemokratischem Abgeordnetenverband zunächst aus der Welt geschafft. Solche Differenzen müssen wieder aufkommen, dann ist ein unangenehmes Zusammensein beider Korporationen in der Frage der Bergarbeiterfamilie unvermeidlich und die Bergarbeiterfamilie unbedingt nötig. Wie in anderen Ländern, so auch in Österreich, nirgends haben die Bergarbeiter eine bessere parlamentarische Vertretung und wärmeren Freunde, als die sozialdemokratische Partei.

#### Bolzswirtschaftliche Rundschau.

##### Die Aktiengesellschaften im Jahre 1907/08.

Dagegen, daß im Jahre 1907 in den verschiedensten Industriezweigen sich die wirtschaftliche Krise stark bemerkbar mache und allmählich sich allgemein ausdehne, war das Jahr 1907 und 1907/08 für die Dividendenzinspieler ein sehr günstiges. Das zeigen die Geschäftsbuchstaben der Aktiengesellschaften. Das Kaiserliche Statistische Amt hat in einer besonderen Beilage zu den Vierjahresberichten zur Statistik des Deutschen Reiches eine Bearbeitung des Materials herausgegeben, der wie die nachfolgenden Angaben entnehmen.

Nach Ausscheidung der sich in Liquidation und Konkurs befindlichen Gesellschaften resultieren folgende Hauptziffern: 5186 Aktiengesellschaften (einheitlich Kommanditgesellschaften auf Aktien) verfügen über ein nominelles Aktienkapital von 14 200,06 Millionen Mark. Berücksichtigt man nur die reinen Gewerbegeellschaften, dann ergeben sich 4578 Unternehmen mit 12 778 851 000 Mk. eingeschlossenem Aktienkapital und 2 060 650 000 Mk. Reserven. 3871 Gesellschaften, deren Dividendenberechtigtes Aktienkapital 11 833 103 000 Mk. betrug, erzielten, ohne Gewinn- und Verlustabträgen, 1 351 383 000 Mk. Reingewinn, gleich 11,42 Prozent des bezugsberechtigten Aktienkapitals. Von den Reingewinnen sind aber nur 1 022 598 000 Mk. als Dividenden ausgeschüttet worden. Daran waren 3425 Gesellschaften mit 11 118 948 000 Mk. Kapital beteiligt. Auf das gesamte Aktienkapital oder Gesellschaften verrechnet, ergibt sich eine Verzinsung von rund 8 Prozent; für das am Dividendengenuß beteiligte Kapital macht die Rate 9,2 Prozent aus. Das ist jedenfalls eine ganz reziproke Verzinsung.

Die Rentabilitätsziffern, nach Gewerbegegenden verglichen, weisen ganz erhebliche Differenzen auf. Faßt man die Gesellschaften nach Gruppen zusammen, ergeben sich u. a. folgende Resultate:

		Aktienkapital	Kapital	Prozent der vertretenen Dividenden vom gesamten belegenden Aktienkapital
Versicherungsgesellschaften		19,8	21,8	
Chemische Industrie		15,7	17,2	
Bergbau, Hüttent., Salinenwesen		0,5	18,1	
Bergbau, Güter-, Betriebe usw. (gemischt)		0,5	10,1	
Betriebe		0,5	12,8	
Baugewerbe		0,4	12,4	
Textilindustrie		0,4	10,5	
Metallverarbeitung		8,0	0,8	
Industrien der Steine und Erden		8,7	19,8	
Papierindustrie		8,8	11,4	
Industrie-Maschinen usw.		8,7	9,8	

Die Zusammenstellung zeigt, daß unter den produzierenden Industrien die chemische die höchste Rentabilitätsquote hat, und zwar sowohl im Güblauf auf das gesamte, als auch nur auf das an der Dividende beteiligte Kapital. Auch der Bergbau kann sich sehen lassen. Ferner ergibt sich, daß die gemischten Betriebe die geringste Verlustrate haben; hier ist die Spannweite bei der Berechnung nach dem gesamten und nur dem dividendenbezüglichen Kapital am geringsten. Zum Teil erklärt sich das daraus, daß Mengenänderungen, die ja in der Hauptsache die Verlustziffern liefern, für die gemischten Betriebe nicht in Frage kommen.

Den Maßstab für die volkswirtschaftliche Bedeutung der Aktiengesellschaften geben aber nicht die Rentabilitätsziffern allein; der Anteil der verschiedenen Industriegruppen an der Gesamtsumme des investierten Kapitals kommt dabei sehr in Frage. Die Angabe der beteiligten Arbeiter wäre ebenfalls von hohem Interesse. Leider gibt die vorliegende Statistik darüber gar keine Aussicht. Die Bruttoschätzung liefert uns zwar die Zahlen für die Industriegruppen, aber nicht gesondert nach Betriebs- und Gesellschaftsunternehmen. Da die Zahl der in einer Gruppe beschäftigten Personen innerhalb des ganzen Wirtschaftsgebiets, bringen wie in der nachfolgenden Tabelle die Zahlen nach der letzten Bevölkerungszählung in einer Zusammenstellung mit dem Aktienkapital, das in den zu der betreffenden Betriebsgruppe gehörenden Unternehmen investiert ist, sowie den erzielten Bruttoeinnahmen:

Gewerbegegruppe	Aktienkapital in 1000 Mr.	Summe der Bruttoeinnahmen in 1000 Mr.	Anteil der Bruttoeinnahmen an der gesamten Bruttoeinnahme
Forst- u. Landwirtschaft; Güter- erzeugnisse und Tierzucht	23 349	202 983 257	11,3
Bergbau, Hüttent., Salinenwesen	2 000 768	28 578 063	9,8
Steine und Erden	416 001	48 825 714	10,2
Metallverarbeitung	219 345	27 247 1 180 000	2,3
Maschinen usw.	1 408 688	174 548 907 048	0,8
Chemische Industrie	362 002	78 578 158 778	0,5
Leuchtmittel, Seifen usw.	148 598	12 841 75 870	0,3</td

# Bergarbeiter, Kameraden!

wollen, so gilt es für die Bergarbeiter im Ruhrkohlengebiet, wie für die übrigen Bergreviere, gegen das Arbeiter-Unterdrückungsinstitut front zu machen. Jeder Kamerad werde ein Agitator für den Verband, damit wir einig und geschlossen den Kampf aufnehmen können. Wir gehen ernsten Zeiten entgegen und darum nochmals die dringende Mahnung: Schließt die Reihen! Die kommenden Sonntage müssen der Hausagitation gewidmet werden. Jedes Mitglied muß sich den Ortsverwaltungen des Verbandes zur Verfügung stellen.

Kotsausfuhr 1908 Jan. Febr. März April Mai Juni Juli August Sept.	Kotsausfuhr 1909 1908 1909 1909 1909 1909 1909 1909 1909 1909	Kotsverbrauch 1909 1909 1909 1909 1909 1909 1909 1909 1909 1909			
Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co.	Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co.	Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co. Co.			
48 276 40 726 46 486 88 260 88 802 51 078 55 916 48 778 54 788	54 684 45 881 50 087 58 488 54 505 62 742 58 280 48 778 55 492	809 811 888 987 282 559 209 858 844 285 271 040 800 259 808 805 808 918	270 228 280 706 308 874 204 584 244 920 248 625 808 984 1 400 740 1 404 644	1 502 458 1 482 800 1 620 718 1 476 878 1 454 068 1 458 067 1 481 510 1 560 182 1 529 521	1 500 884 1 487 088 1 502 110 1 494 857 1 547 110 1 499 852 1 550 182 1 560 780 1 529 521
Buf. 417 688 408 177	2 720 186 2 517 645	18 584 886 18 750 738			

Die Steinkohlenausfuhr hat demnach im Berichtsmonat, nachdem sie in den Vormonaten eine stetige Abnahme aufgewiesen hatte, eine Erholung um 174 800 Co. erfahren, wohingegen die Ausfuhr weiter um 188 088 Co. gesunken ist. Die Ausfuhr sowohl wie Ausfuhr von Kots haben eine ganz geringfügige Erholung erfahren. Der rechnungsmäßige Verbrauch in Kohlen war bisher um 2 105 885 Co. geringer als im Vorjahr, während er in Kots um 210 852 Co. größer war. (St. 8.)

## Kohlenhandelsgesellschaften und Syndikat.

In der letzten Beiratssitzung des Niederrheinisch-Westfälischen Kohlen-Syndikats wurde u. a. berichtet, der im vorigen Februar eingesezte Ausschuss zur Prüfung des Verhältnisses des Kohlen-Syndikats zu den Kohlenhandelsgesellschaften habe seine Ausgabe beendet. Gegen die Kohlenhandelsgesellschaften waren seit langem heftige Beschwerden der Kohlenabnehmer erhoben worden, die selbst von einzelnen Mitgliedern des Kohlen-Syndikats als gerechtfertigt angesehen wurden. Das Kohlen-Syndikat konnte die sich stetig mehrenden Klagen schließlich nicht mehr überhören, es ver sprach die Tätigkeit dieser Kohlenhandelsgesellschaften zu untersuchen. Die Untersuchungskommission ist zu dem Ergebnis gelangt, daß die Kohlenhandelsgesellschaften sich zum Vorteile des Syndikats wie der Abnehmer bewährt haben, und daß es sich empfiehlt, diese Form des Weiterverkaufs auch für die Zukunft einzuhalten und weiter auszugestalten. Der Bericht der Kommission erklärt es für selbstverständlich, daß der Vorstand des Syndikats die Geschäftshandhabung der Kohlenhandelsgesellschaften nach wie vor einer strengen Kontrolle unterstellt, damit etwaige Auswüchse sofort beseitigt werden können.

Wie nach den Erfahrungen des Kohlen-Syndikats gar nicht anders erwartet werden konnte, war also die monatelange Untersuchung der Wirtschaft der Kohlenhandelsgesellschaften eine Bosse, es sollte der Abnehmer erneut, als ob die Syndikatsherren wirklich geneigt wären, schwere Auswüchse, die nicht gelehnt werden konnten, zu bestätigen. Es betreffen elf Kohlenhandelsgesellschaften, die das Syndikat zum Vertrieb von Syndikatskohle eingerichtet hat. In bestimmten Gebieten haben diese Handelsgesellschaften das Monopol auf den Vertrieb von Syndikatskohle; ihre Aufgabe besteht lediglich darin, die Beiträge entgegenzunehmen, die dem Syndikat von den großen Abnehmern zugehen. Ihr Verteilungskollektiv, die sich in den meisten Fällen darauf bezieht, die einkaufenden Bestellungen zu buchen und sie dem Syndikat zu überreichen, beziehen die Kohlenhandelsgesellschaften Provisionen in Form von Preisschlägen. Den Kohlenverbrauchern, die auf die Kohlenhandelsgesellschaften angewiesen sind, wird der schon durch den Syndikatmutter überaus hohe Preis für Kohle noch weiter verteuert, dazu kommt, daß die Kohlenhandelsgesellschaften an Rückstoffsölderten gegenüber den Kunden das Syndikat monistisch noch übertrumpfen. So konnte klarlich festgestellt werden, daß die Westfälische Kohlenhandelsgesellschaft in Dortmund ihren Kunden mitteilte, sie sei in der Lage, auch ein gutes rheinisches Braunkohlenbrikett zu liefern und deshalb ihren Steinohlenabnehmern den Bezug dieses Produkts von anderer Seite nicht mehr gestatten könne, widrigfalls sie für alle Bezahlung von Kohle, Kots und Steinohlenbriketts die Straupreishöhung von 50 Pfennig einzutragen würde. Derartige Maßnahmen sind nicht vereinzelt, die anderen Kohlenhandelsgesellschaften haben sich gleicher und noch schlimmerer Ausschreitungen verschiedenster Art häufig beschuldigt. Die Kohlenhandelsgesellschaften sind selbst von syndikatsfreundlicher Seite als Sinekuren für Verwaltungsmittelglieder des Syndikats bezeichnet worden. Es wurde unwiderprochen behauptet, daß Verwaltungsmitglieder des Kohlen-Syndikats als Vorsteher von Kohlenhandelsgesellschaften jährlich bis zu einer Million Mark verdienen, ohne sich einer irgendwie nennenswerten Müheleistung zu unterziehen.

Auf alle diese Anklagen und Feststellungen ist das Syndikat mit keinem Wort eingegangen. Dieses Verhalten muß als Bestätigung dafür angesehen werden, daß die Kohlenmonoplisten nicht daran denken auch nur die schlimmsten Auswüchse der Syndikatsherren zu beschränken.

## Aus den Unternehmerverbänden.

### Der Wahlfonds der Schärmacher.

Am 15. Oktober tagte der Ausschuß des Zentralverbandes deutscher Industrieller in Berlin und beschloß zunächst, dem Hansabund beizutreten. Sodann referierte der Generalsekretär Buedt über den Antrag des Direktoriums, innerhalb der im Zentralverband vereinigten Industriellen einen Wahlfonds zu bilden. Das Direktorium des Zentralverbandes begründet die vorgeschlagene Bildung eines Wahlfonds damit, daß sich in den letzten 10 Jahren gezeigt habe, wie der Mangel einer geeigneten Vertretung der Industrie in den deutschen Parlamenten die Verhältnisse zu ungünstigen der Industrie gestaltet. Es sei eine alte Erfahrung, daß mit Geld auf den Ausfall der Wahlen im Interesse derer, die es hergeben, eingewirkt werden kann. Aus einem solchen industriellen Wahlfonds sollen biegsame Parteipräferenz auf ihre auf nationalen Boden siedende Parteipräferenz weisen, wenn von ihnen angenommen werden kann, daß sie wirtschaftliche und sozialpolitische Ansichten vertragen, die mit den Beschränkungen des Zentralverbandes nicht im Widerspruch stehen. Dem Hansabund durfte man die Einwirkung auf die Wahlen nicht überlassen, es wird wohl er vielleicht nicht in der Lage sein, die richtige Auswirkung zu treiben und zwar, weil dieser vielleicht mit der einen oder anderen der im Hansabund vertretenen Parteigruppen in Konflikt geraten könnte. In dem Befehl Buedt heißt es dann weiter:

„Es könnte der Industrie leicht wie bei den letzten Wahlen ergehen, daß sie sehr große Beiträge aufgebracht hat, die einem in Berlin gebildeten Komitee zur Verfügung gestellt wurden. Dieses verteilt die Gelder in der Hauptstadt ganz schematisch unter die nationalsozialistischen Parteien und Abgeordnete ihrer Vertretung im Reichstag. Da kann es denn, daß mit dem von der Industrie hergegebenen Gelder ihre entgegenseitigen Ansprüche auf wirtschaftlichem und sozialpolitischem Gebiete unterstellt werden.“

Der Befehl Buedt wird abschließend Beifall zu teilen und der Ausschuß legt die folgende Resolution einstimmig an:

„Der Ausschuß des Zentralverbandes Deutscher Industrieller

1. Es ist Jahrzehnte in der Gesetzgebung zum Ausdruck gelangte Bedeutung der Industrie und Mißachtung ihrer Interessen hat die weitesten Kreise der Unternehmer und Beamten mit schwerer Sorge und zunehmender Schüttung erfüllt. Zum Besseren ist nur zu hoffen von einer wirkungsstarken Industrie in den gegebenen Körperschaften,

da die Grubenbesitzer auf ihrem Willen, einen Zentral-Arbeitsnachweis einzuführen, bestehen bleiben. Da die übrigen Bergreviere, gegen das Arbeiter-Unterdrückungsinstitut front zu machen. Jeder Kamerad werde ein Agitator für den Verband, damit wir einig und geschlossen den Kampf aufnehmen können. Wir gehen ernsten Zeiten entgegen und darum nochmals die dringende Mahnung: Schließt die Reihen! Die kommenden Sonntage müssen der Hausagitation gewidmet werden. Jedes Mitglied muß sich den Ortsverwaltungen des Verbandes zur Verfügung stellen.

2. Um die Wahl solcher Abgeordneten für den Reichstag und im gegebenen Falle auch für die Landtage der einzelnen Staaten zu unterstützen und zu fördern, von denen die Vertretung der Interessen der Industrie im Sinne der Stellungnahme des Zentralverbandes und der ihm angehörenden wirtschaftlichen und industriellen Körperschaften sicher zu erwarten ist, soll ein diesen Zwecken dienender Fonds gebildet werden. Unter den vorstehenden Voraussetzungen soll die Unterstützung aus diesem Wahlfonds den Wahlgärtner aller bürgerlichen Parteien zugeteilt werden.

3. Der Wahlfonds soll von einer Kommission zusammen mit der von ihr zu errichtenden und unter ihrer Leitung stehenden Geschäftsstelle vollkommen unabhängig vom Zentralverband Deutscher Industrieller gehandelt, verwaltet und verwendet werden. Die Kommission beschließt ebenso selbstständig über ihre Verfassung.

4. Die Kommission wird zusammenge setzt aus 15 Mitgliedern und ist berechtigt, zu ihrer Ergänzung weitere Mitglieder zuzuwählen. Der Beitrag zu dem Wahlfonds soll nach der Bestimmung der Kommission in einem Prozentsatz von der jährlich gezahlten Gehaltssumme bestehen und in vorher bestimmten Beträgen von den unmittelbaren und mittelbaren Mitgliedern des Zentralverbandes erheben werden. Die Unternehmer sollen diesen Beitrag als eine freiwillig übernommene, für längere Zeit zu zahlende Steuer ansehen.

5. Die Kommission soll gehalten sein, jährlich in angemessener Weise über die Sammlung, Verwaltung und Verwendung des industriellen Wahlfonds zu berichten und diesen Bericht in geeigneter Form allen Angestellten zu machen, die Beiträge zu dem Fonds leisten.

6. Der Ausschuß des Zentralverbandes beauftragt das Direktorium, die Ausführung dieser Beschlüsse in die Wege zu leiten. Er erwartet, daß alle zur Mitwirkung berufenen Faktoren ihr möglichstes tun werden, um die Kommission so bald als irgend tunlich zu bilden und in Tätigkeit zu setzen.

7. Der Ausschuß erwartet ganz besonders, daß alle Mitglieder des Zentralverbandes die immer schwieriger werdende Lage der Industrie erkennen und zu deren Abhilfe die Steuer für den Wahlfonds auf sich nehmen werden, um weiteren, viel schwereren Schädigungen und Belästigungen durch die Gesetzgebung vorzubeugen.“

Alexander Eule, der Vertreter der Großindustriellen im Saargebiet, arbeitet schon seit Jahren für eine eigene industrielle Partei. Der Zentralverband will nun offenbar durch seinen Wahlfonds eine solche Fraktion der Großindustrie schaffen und damit den Tilsiter Plan in die Praxis umsetzen.

Dieses Vorgehen der Unternehmer zeigt wieder erneut, daß sich diese in allen Fragen, wo es ihr Interesse erfordert, sowohl auf wirtschaftlichem, wie politischem Gebiete einig sind, und daß sie sich durch Westanschauungen nicht trennen lassen. Nur die Arbeiter lassen sich zum Gaudium ihrer Ausbeuter durch den M. Gladbach'schen Westanschauungsrundschau zerstreuen.

## Aus der Genossenschaftsbewegung.

### Die zehn größten Konsumvereine der Welt.

Zu dem kürzlich veröffentlichten Geschäftsbericht des Leipzig-Magdeburger Konsumvereins finden wir folgende Tabelle über den Umsatz und die Geschäftsergebnisse der zehn größten Konsumvereine der Welt:

Name des Vereins	Gründungs- jahr	Mit- glieder	Umsatz	Pro Kopf	Eigen- produktion	Geschäfts- guthaben
	St.	St.	M.	M.	M.	M.
Breslauer Konsum- verein	1860	87 319	18 815 113	215	?	1 090 051
Leeds, Industrial Soc.	1847	49 700	37 619 820	756	6 198 360	15 991 000
Leipzig - Magdeburger Konsumverein	1884	40 508	16 864 590	416	5 515 776	1 273 366
Wien, Niederöster. Arbeiterkonsum.	1864	36 780	8 968 444	244	1 580 075	231 024
Hamburg, „Prod.“	1899	35 098	8 041 755	204	3 500 000	518 612
Edinburgh, Kon- sumverein	—	34 818	29 100 160	853	?	11 105 700
Boston, Konsum- Verein	—	34 198	18 195 400	582	?	14 331 800
Basel, Allgemeiner Konsumverein	1865	29 841	14 310 658	472	?	—

Die Auflistung regt zu interessanten Vergleichen an. Der Breslauer Konsumverein — übrigens ein treuer Anhänger Dr. Trügers — steht trotz seiner einigen Mitgliederzahl (87 319) in bezug auf Umsatz und Geschäftsguthaben keineswegs an der Spitze der Bewegung. In erster Beziehung wird er von der Leidener und Edinburgher Genossenschaft, in bezug auf das letztere von den beiden genannten und außerdem von dem Boltoner und unserem Leipzig-Magdeburger Konsumverein übertrifft. Den höchsten Durchschnittsumsatz pro Mitglied weist von allen Vereinen der Edinburgher mit 853 M. auf, ihm folgt Leeds mit 756 und Bolton mit 522 M., während in Breslau der Durchschnittsumsatz nur 215 M. beträgt. Nur die noch jugendliche „Produktion“ steht hier noch weiter zurück. Der hohe Durchschnittsumsatz der englischen Konsumvereine erklärt sich aus dem intensiven Geschäftsbetrieb derselben, der sich neben der Vermittlung von Nahrungsmitteln auch auf die fast aller sonstigen zum Leben nötigen Güter inklusive Wohnungen erstreckt. Dem intensiven Geschäftsbetrieb der englischen Konsumvereine entspricht auch ihr großes Guthabencapital. — Die Eigentümlichkeit ist gleichfalls bei der Leidener Genossenschaft am weitesten entwickelt. Doch folgt ihr der Leipziger Konsumverein auf den Fersen, und auch die Hamburger „Produktion“ kann bereits auf eine umfangreiche Selbstherstellung von Waren blicken.

## Internationale Rundschau.

### Die Grubenkontrolle in Frankreich.

In Frankreich ist die Grubenkontrolle durch den Befehl vom 8. Juli 1890 eingeführt worden. Den Anlaß dazu bot eine schärfste Agitation der Bergarbeiter und ihrer Organe anfangs des achtzigsten Jahrzehnts vergangenen Jahrhunderts, welche den Bergarbeiterkämpfen entsprechend deren Beamten vorwogen, durch Aufruhr und Schadverschreitungen die hohe Unfallgefahr zu verschärfen. Das verschärfte einige Abgeordnete der französischen Kammer, besonders den Abgeordneten Baudé-Moissac, am 23. November 1882 einen Gesetzentwurf auf Schaffung einer Bergarbeiterkontrolle einzubringen. Die Wertschöpfer und deren Beamte entfalteten eine heftige Gegenagitation und machten in der Hauptstadt dieselben Gründen gegen die Bergarbeiterkontrolle geltend, die auch die preußischen Grubenbesitzer gegen die Sicherheitsmaßnahmen gestellt haben. Obgleich die Regierung sich im Prinzip mit dem Gesetzentwurf Waldeck-Rousseau einverstanden erklärte, wußten die Kapitalisten das Zustandekommen des Gesetzes doch noch sieben Jahre hinzuhalten, nachdem sich die Kammer fünfmal damit beschäftigt hatte.

Nach dem französischen Gesetz müssen die Gruben zweimal im Monat befahren werden. Eine Grube, welche in sechs Tagen befahren werden kann, bildet einen Fahrbezirk, d. h. für sie wird ein Kontrollleur gewählt. Ist der Grubenbetrieb größer, sind entsprechend mehr Kontrollleute zu wählen. Der Kontrollleur hat über seine Befahrung ein Protokoll auf-

zunehmen, in welches Tag und Stunde der Befahrung, sowie sämtliche Befunde hinsichtlich der Sicherheit der Grube aufgezeichnet werden müssen. Dieses Protokoll ist in ein vom Unternehmer zu lieferndes Buch einzutragen, welches stets auf dem Werkzeug zu Einsicht der Arbeiter bereit liegen muss. Außerdem hat der Kontrolleur bei vorkommenden Unfällen eine Untersuchung des Unfalls vorzunehmen. Er kann Zeugen vernahmen usw.

südafrikanischen Minenaktien, nordamerikanischen Verkehrs- und Industrieaktien, deutschen Staats-, Städte- und Industriepapieren usw. Auf die einzelnen Länder verteilen sich die französischen Kapitalanlagen wie folgt. Es sind angelegt in:

England	1 300 Mill. Franc	Griechenland	800 Mill. Franc
Deutschland	600 "	Holland	1 450 "
Österreich	1 100 "	Italien	1 400 "
Czernowitz-Ungarn	8 650 "	Japan	550 "
Belgien	1 250 "	Norwegen	450 "
Frankreich	1 200 "	Portugal	1 850 "
Balkanländer	1 050 "	Russland	10 900 "
China	400 "	Schweden	500 "
Dänemark	880 "	Schweiz	1 450 "
Egypten	8 050 "	Ungarn	2 500 "
Der. Staaten	800 "	Vereinigte Staaten	2 000

Zu Wirklichkeit sollte die ausländischen Kapitalanlagen Frankreichs aber noch größer sein. Nur England ist ihm in dieser Beziehung überlegen. Nach einer Encyclopédie der französischen Regierung wurden im Jahre 1900 die im Auslande angelegten französischen Kapitalien auf 29 855 Millionen Franc geschätzt. Die Vermehrung beträgt also neun Milliarden, eine Milliarde pro Jahr.

Zu England sind die "Einkünfte aus ausländischen Anlagen" von 44½ Millionen Pfund Sterling im Jahre 1886–87 auf 79½ Millionen Pfund im Jahre 1906–07 gestiegen, fast auf das Doppelte in 20 Jahren! Weit über deutliches Kapital im Auslande angelegt ist, weiß man nicht, man schätzt es vielfach auf 10 Milliarden Wert.

Alle Kriegsgefangenen der letzten Zeit waren aus Unzufriedenheit dieses internationalen Weltlaufs des Kapitals entstanden. Nur wenn man dieses internationale "Arbeiten" des Kapitals kennt und berücksichtigt, kann man die Ursachen der Internationalen Konflikte und auch Vereinbarungen der Staaten verstehen. Aus diesem Internationalismus des Kapitals ergibt sich mit Notwendigkeit aber auch die internationale Vereinigung der Arbeiter!

## Knappshaftliches.

### Knappshaftverhältnisse in Oberschlesien.

Zum Oberschlesischen Knappshaftverein ist der Krankenhauszwang eingeführt. Das heißt, jeder Kranke, ob ledig oder verheiratet muss ins Krankenhaus. Es handelt sich meist um Knapphaftslazarette, die auf Kosten des Vereins erbaut sind und auch für Rechnung des Knappshaftvereins unterhalten werden. Zu dem Geschäftsbericht des Vereins für das Jahr 1907, der uns jetzt zeigt zu Gesicht kommt, sind die darin aufgeführten Ausgaben für diese Knapphaftslazarette recht interessant, weil sie die oberschlesischen Verhältnisse trefflich illustrieren.

Wir haben folgende Posten daraus hervorgeholt:

Abteilung der Lazarettsärzte	127 888,57 M.
Abgabe für das Krankenpflegerpersonal	105 947,18 "
Verwaltungskosten	64 580,23 "
Ausgaben für Instandhaltung der Gebäude, Bekleidung	250 000,88 "
der Kleider, sowie der Kranken und sonstiges	88 844,04 "
Abgabe für Helfer, Portier, Wächter &c.	18 204,11 "
<b>Summe:</b>	<b>740 000,86 M.</b>
Gesamtkosten	208 502,82 M.
Ausgabe für Nahrungsmittel	678 870,47 "
<b>Summe:</b>	<b>882 172,80 M.</b>

Die Gesamtausgabe für Krankengeld betrug 750 100,70 M.

Merkwürdig gering ist die Summe, welche für Nahrungsmittel, also für Verpflegung der Kranken ausgegeben wurde. Die Verpflegungssachen eines Erkrankten betragen durchschnittlich im Jahre 1907 pro Tag 78,3 Pf. Im Durchschnitt der letzten 10 Jahre kostete dem Verein die Verpflegung eines Erkrankten pro Tag 88,1 Pf. Das sollte man gar nicht möglich halten, wenn es im Geschäftsbericht nicht schwarz auf weiß stände. Da kann sich jeder ausmalen, wie die "Verpflegung" der Kranken in den Oberschlesischen Knapphaftslazaretten aussieht. Dabei ist noch zu beachten, dass es sich bei den 78,3 Pf. die pro Tag für die Verpflegung eines Erkrankten ausgegeben wurden, um den Durchschnitt handelt. Für manche und besonders die Beamten, ist ja auch noch ausgegeben worden. Zur Verpflegung der anderen ist also der Betrag von 78,3 Pf. pro Tag noch nicht einmal ausgegeben worden. Dagegen ist der Betrag, der nur für Gehälter und Abgabe ausgegeben wurde, mit 428 419,80 Mark rechtlich hoch. Das ist ein Knappshaftverein für Arzt und Apotheker und sonstige Angestellte, nur nicht für die Bergarbeiter. Solche Zustände sind aber auch nur möglich, wo die Organisation noch nicht besseres eingreifen konnte. Es ist aber hohe Zeit, dass es geschieht; es kann aber nur geschehen, wenn sich die dortigen Kameraden besser organisieren.

## Mitstände auf den Gruben.

### Oberbergamtbezirk Dortmund.

**Beche Adolf von Hansemann.** Die Ordnung bei der Seifahrt läuft besonders in letzter Zeit hier sehr viel zu wünschen übrig. Nie kann dieselbe pünktlich begonnen werden, obwohl schon häufig dadurch große Auordnung entstanden ist. Eine bessere Kontrolle wäre auch nötig, um den Füdelbrüdern das Handwerk zu legen, aber nicht nur bei der Seifahrt, sondern auch an Vortagen; auch dürfte die Auszahlung etwas schneller vorstatten gehen. Die Instandhaltung der Lampen lässt auch sehr zu wünschen übrig, besonders seit dieselbe einem Unteren übertragen ist. Viele Aklagen werden auch über Holzmangel geführt. Wenn die Steiger auch Holz genug ausschreiben, so wird es doch nicht geliefert. Den Seifenhauptschwestern soll es sogar verboten sein, selbst bei einer Karabinholze "Halt" zu klopfen. Hoffentlich sieht sich die Bergbehörde diese lebensgefährliche Kreisberei einmal etwas näher an.

**Beche Auguste Victoria** bei Sinsen. Der Steiger Korte befleißigt sich einer Umgangssprache, die nicht der gesitteten Menschen entspricht. Natürlich kam er zu einer Kameradschaft in die Arbeit und hörte sie an: "Was habt ihr heute schon gemacht, ihr Faulenzer? Ihr wollt nicht arbeiten, ihr Pincels; was ist das? ... fäule mit fünf Mann macht, auch ich allein, ihr sieht der Beche das Geld" usw. Als sich die Arbeiter über Holzmangel beschwerten, sagte er: "Es ist Holz fett da, ich will euch Holz zeigen." Darauf ließ er einen Arbeiter altes Holz aus Revier 18 holen. Der Steiger wird wohl auch wissen, dass dieses Holz nicht ihm, sondern dem Revier 18 gehörte. Seine Aufgabe wäre es aber doch jedenfalls dafür zu sorgen, dass sich die Arbeiter kein Holz zu stechen brauchen.

**Beche Bruchstraße.** Unsere Kritik der Verhältnisse auf der fünften Sohle hat die Beamten in großer Aufregung gebracht und es wurde auch etwas Ordnung geschafft, aber jetzt ist wieder alles beim alten. Besonders regte sich der Fahrsteiger Brandegger auf, dass auch die Verhältnisse und Unmöglichkeit bei der Seifahrt kritisiert werden waren. Zu dem Ankläger sagte er: "Was, Sie sind noch hier am Schacht? Dann wird es aber bald Zeit!" Und tatsächlich wurde dem Mann am 15. Oktober bekanntgegeben, dass sein Schichtlohn um 50 Pf. pro Schicht gekürzt würde. Das war für ihn das Zeichen, seine Arbeit zu kündigen. Die Löhne sind erneut wieder erheblich gekürzt worden. So prangte am 28. September ein Anschlag am jenseitigen Brett, wonach 32 Arbeitern der Lohn um weitere 20 Pf. pro Schicht gekürzt wurde. Auf der fünften Sohle im Revier des Steigers Th. herrschte vielfach Holzmangel; Lohnwähne von 3,80 bis 4,80 M. werden dort gezahlt. Auf der sechsten Sohle soll nicht einmal "Halt" geklopft werden, wenn in der Schalbahn ein Wagen dazwischen steht; drei Mann, welche aus diesem Anlass "Halt" geklopft hatten, wurden wegen Nachlässigkeit im Dienst mit je 3 M. bestraft. Am letzten Vortag wurde nur an einem Schalter ausgelohnt, während sonst an zwei Schaltern ausgelohnt wird, was zur Folge hatte, dass die Arbeiter übermäßig lange stehen und warten mussten. Über es handelt sich ja nur um Arbeiter.

**Beche Dannenbaum,** Schacht II. Die Autreiberei wird hier immer schlimmer, die Schikanierungen und Gedingeriedizierungen nehmen kein Ende, es hägelt für jede Kleinigkeit Strafen. So wurden schon an einem Tage 41 Männer mit je 2,50 M., 7 Männer mit je 5 M. und 5 Männer mit je 1,50 M. zusammen 145 M. bestraft. Ein Arbeiter wurde in drei Tagen sogar mit 12,50 M. bestraft. Arbeiter, die sich gemeldet hatten bezw. sich von anderen abmelden lassen, wurden trotzdem sogar mit 7,50 M. wegen angeblich willkürlichen Frieren bestraft. Die Kasse erscheint uns in diesem Fall viel willkürlicher wie das Feiern. Außerdem mussten diese Arbeiter auch noch zum Vergnügen der Beche eine Schicht feiern. Am 16. September wurden zwei Strafzettel ausgeschängt, auf dem nicht weniger als 250 Männer prangten, die wegen Ladens unreiner Kohlen bestraft wurden. Bei dem schiefen Gedinge ist es den Arbeitern in den unreinen Gruben aber nicht möglich, die Kohlen zu liefern; sie werden also bestraft für etwas, was in der Natur

der Verhältnisse und dem Verhalten der Beche begründet liegt. Im Revier des Steigers H. sind viele Strecken so niedrig, dass der Wagen kaum hindurchgeht und die Arbeiter Gefahr laufen, sich beim Schleppen die Finger abzubrechen. Selbstverständlich können die Arbeiter hier auch die Wagen nicht überwoll laden; die Folge ist, dass die Arbeiter wegen Mindermasch bestraft werden. In der östlichen Breite von Flöß-Mausgatt soll ein Schlepper die Kosten von 10 bis 12 Hauer abschleppen, außerdem aber auch die nötigen Steine noch schleppen. Jeden vorlängigen Menschen dürfte es erlauchen, dass hier zwei Schlepper genügend Arbeit haben; die Beamten aber sind anderer Meinung, sie fordern, dass ein Schlepper diese Arbeit leisten soll, sonst heißt es faule Kerle und dergleichen. Am Wasser zum Beispiel, Holz und Schalen gefüllt es sehr häufig. Überschichten werden fortgesetzt verschoben, haben einzelne Leute es doch schon auf 40 bis 42 Schichten in einem Monat gebracht. Sogar die Pferde wecken damit nicht verzerrt.

**Beche Dahlbusch,** Schacht I. Das Gedinge wird hier jeden Monat manchmal einige Male "reguliert" und zwar derart, dass die Arbeiter bei der größten Anstrengung nichts verdienen können. Es wird nicht geduldet, dass eine Kameradschaft zusammen ihr Butterbrot isst, dagegen sagt niemand etwas, wenn die Arbeiter weil der Korb im Brenzberg nicht läuft, um Zeit ziehen und sich in Lebensgefahr bringen. Wünschenswert wäre, dass der Steiger Sch. die Arbeiter etwas zuvor kommender behandelte.

**Beche Ewald,** Schacht I und II. Am 16. Oktober prangten hier 70 Männer mit je 3 M. an schwierigem Brett wegen Überarbeitung der Seifahrt.

**Beche Grawitz,** Schacht I. Das Gedinge wird hier jeden Monat manchmal einige Male "reguliert" und zwar derart, dass die Arbeiter bei der größten Anstrengung nichts verdienen können. Es wird nicht geduldet, dass eine Kameradschaft zusammen ihr Butterbrot isst, dagegen sagt niemand etwas, wenn die Arbeiter weil der Korb im Brenzberg nicht läuft, um Zeit ziehen und sich in Lebensgefahr bringen. Wünschenswert wäre, dass der Steiger Sch. die Arbeiter etwas zuvor kommender behandelte. Es liegt das auch in seinem Interesse, denn wenn die Arbeiter einmal mehr machen, kann die Beche doch ungern werden.

**Beche Grawitz,** Schacht I und II. Am 16. Oktober prangten hier 70 Männer mit je 3 M. an schwierigem Brett wegen Überarbeitung der Seifahrt.

**Beche Grawitz,** Schacht III und IV. Das Gedinge nimmt hier immer mehr überhand, sogar Arbeiter, welche kaum seelten, wurden schon wegen willkürlichen Frieren bestraft. Auf der dritten Sohle ist das Flüssig und die Strecken auch während der Seifahrt mit vollen und leeren Wagen dekretiert, dass die Arbeiter mit ihrem Gewicht hinüberklettern müssen. Das Gedinge wird nicht mehr vor der Arbeit mit den Arbeitern abgeschlossen, sondern der Steiger überbringt ihnen nur den schon fertiggeschobenen Gedingeschein zum Unterschreiben; ein Mitbestimmungsrecht haben die Arbeiter also nicht mehr und wahrnehmbar sie sich, den Gedingeschein zu unterschreiben, dann werden schärfere Saiten aufgezogen; ist es doch schon vorgekommen, dass sie in diesem Fall ausschreien mussten. Im Revier IV herrscht häufig Holzmangel. Unsere Kritik, die wir vor einiger Zeit auch am Revier VII übten, brachte den Steiger Fuhr in große Aufregung. Als einzige Kameraden die Wohnung aussprachen, dass man wohl in einem gefährdeten Arbeiter den Arbeitskreis vermutet habe, erklärte der genannte Steiger: "Na, kommt mir noch mal so ein Schwiel in mein Revier, der soll Blut schwitzen, da garantire ich für." Wohllich sehr menschenfreundlich!

**Beche Grawitz,** Fortsetzung. Der Wegemeister Höller, Hauptmann des Kriegsministeriums, Unteroffizier der Reserve, Mitglied des Katholischen Kirchenvorstandes, behandelt die jugendlichen Arbeiter in einer Weise, welche die schärfste Missbilligung verdient. Und wenn ich euch die Ein geweise aus dem Leibe reißen muss und wenn ich das Messer nehmen muss, ich will Blut sehen, so schreit er die jugendlichen Arbeiter an. Sogar zu Tätschlein versteigt er sich. Am 24. Oktober war Feuerwehrest, wo es hoch bergauf und Hauptmann Höller noch spät gefahren wurde. Am 25. Oktober prangte er zwei Jungen derart, dass einer mittags nicht essen konnte. Am 26. Oktober prangte er wieder zwei Jungen. Da muss man doch unwillkürlich fragen: Gibt es denn niemand, der berufen ist, diesem Herrn sein Handwerk zu legen? Aber es scheint, dass sich niemand dazu berufen fühlt und so bleibt nichts übrig, als dass Eltern, welche sich die Missbilligung ihrer Kinder nicht gefallen lassen können, Anzeige erstatten. Das ist in einem Fall auch geschehen, lieber keinen. Beim Stelle der untersuchende Arzt in diesem Fall folgendes Gutachten aus:

"Erkenntnischwict, 26. Oktober.

Der Sohn Wenzel des Bergmanns Pest zu Erkenschwick war gestern am 26. Oktober bei mir und gab an, geschlagen worden zu sein. Die rechte Gesichtshälfte ist etwas geschwollen und gerötet. Pest klagt über Schmerz am Ohr, Halsschmerzen usw. Dr. Schulte, Arzt." Der Sohn Wenzel des Bergmanns Pest zu Erkenschwick war gestern am 26. Oktober bei mir und gab an, geschlagen worden zu sein. Die rechte Gesichtshälfte ist etwas geschwollen und gerötet. Pest klagt über Schmerz am Ohr, Halsschmerzen usw. Dr. Schulte, Arzt."

**Beche Germania,** Schacht II. Im Revier des Steigers Voß fehlt es hier besonders in leichter Zeit immer an Holz. Sogar das Holz, das sich die Kameradschaften selbst einladen, erhalten sie nicht. So sieht kitzlich der genannte Steiger einen Wagen 4½ Fuß lange Stempel, die sich eine Kameradschaft eingeladen hatte, am Brenzberg wieder ausladen. Die Kameradschaft erhält dann nur einzige Stempel davon herausgeschickt. Es ist doch für die Arbeiter wahnsinnig kein Bergvogt, hinter dem Holz herzulaufen; wenn sie es dann auch noch, wie in diesem Fall, nicht einmal erhalten, so muss das in der schärfsten Weise verurteilt werden. Wie ersuchen die Bergbehörde, einmal im Revier des Steigers Voß den Ursachen des Holzmangels nachzuforschen.

**Beche Graf Bismarck,** Schacht III und V. Im Revier V, Steiger Bauer, sind in den Hauptförderstrecken Holzhäufen gelegt, sodass es nur schwer möglich ist, einen Wagen auszuweiheln. Ein Schlepper beschwert sich, dass er die angewiesene Arbeit nicht allein machen könne, worauf ihm der Steiger Bauer erklärt: "Wenn sie die Arbeit nicht verrichten können, dann fahren sie raus, andere Arbeit habe ich für sie nicht; nehmen sie sich doch lieber einen Krankenschein." Der Hofssteiger schrieb dem Schlepper dann auch wirklich einen Schein zum Ausschaffen, worauf dieser auch ausführt. Am anderen Tage aber prangte er mit 2 M. Strafe am schwierigen Brett wegen Arbeitsverweigerung, trotzdem er nur 3,80 M. pro Schicht verdient und gelegentlich nur Strafen bis zur Hälfte des Schichtverdienstes zulässig sind. Belehren etwa diese geflügelten Bestimmungen für den Steiger Bauer nicht? Von einer Arbeitsverweigerung kann aber auch keine Rede sein, denn nicht freiwillig, sondern gerade durch Steiger Bauer gezwungen, hat der Schlepper seine Arbeit verlassen. Warum werden übrigens keine eisernen Büchsen gelegt, damit es den Schleppern ermöglicht wird, die Wagen leichter auswechseln zu können? Im Revier I geben Steiger- und Mittagsteiger beim Anziehen der Berge innerer entgegengesetzte Anordnungen, sodass die Arbeiter gar nicht wissen, was sie eigentlich tun sollen und die Arbeit selbstverständlich auch nicht vorwärts geht. Dem Betriebsführer Schappel gegenüber wird die Schulde, dass die Arbeit nicht vorwärts geht, selbstverständlich auf die Schlepper gelegt, die die gegebenen Anordnungen nicht befolgen, geschoben.

Auf der sechsten Sohle im Revier VI übersteigt die Temperatur am vielen Betriebspunkten 28 Grad Celsius, ohne dass die sechsstündige Schicht eingeführt wird. Verlagern sich die Arbeiter beim Steigersteiger über die große Höhe und schlechte Luft, sagt dieser Ihnen, ihr seid nichts gutes gewöhnt. Auch der Obersteiger Holzleiter erklärt, wenn sich die Arbeiter beschweren: "Es ist nicht so schwül, es sind noch keine 27 Grad." Die Arbeiter aber haben die Temperatur wiederholt gemessen und festgestellt, dass die sechsstündige Schicht 29 bis 30 Grad beträgt. Trotz der hohen Temperatur steht das Gedinge sehr schlecht. Hoffentlich nimmt die Bergbehörde diese Verhältnisse einmal in Augenschein.

**Beche Julia.** Eines der schlimmsten Liebel ist hier das Strafzettel. Es ist unmöglich, die verhängten Strafen zu zählen, weil der Steiger jeden Tag neu gespielt wird. Besonders tut sich der Steiger R. hervor, dessen Name fast auf jedem Zettel glänzt. Der Mann ist Bezirksleiter der Reichssteuern, aber er schont auch seine Mitglieder nicht, weshalb den reichssteuern Schädel fast ihre Schädel gebrochen ausgeht. Bei der "Glückspfandparade" zeichnet sich besonders Steiger Reifer aus; bei der letzten Glückspfandparade war er sie im Eifer, dass er einen Arbeiter, der schon aufgezögert war, erklärte, dann kommen sie noch einmal dran.

**Beche Karoline.** Wir sind so human, so liest man häufig in der Unternehmerpresse. Wie es aber damit steht, beweist hier kitzlich der Betriebsführer Meininghaus, indem er einen Arbeiter, der 39 Jahre auf dieser Beche gearbeitet hatte, entließ, weil dessen Sohn nicht mehr länger für 2,50 M. pro Schicht arbeiten wollte und sich andere Arbeit gesucht hatte. Schon vor zwei Jahren wollte der Sohn sich Arbeit auf der Beche suchen. Der Betriebsführer aber erklärte: "Wenn der Junge geht, mag auch der alte gehen!" Jetzt ist der Junge gegangen, weil er die schwere Arbeit nicht mehr für 2,50 Groschen pro Schicht leisten wollte und auch nicht konnte. Er hat die Gelegenheit wahrgenommen, sich eine bessere, einträglichere Stellung zu gründen; und die Wahrheit mag den Alten auch hinaus. Man warf ihm hingegen, der 39 Jahre lang seine Haut für die Beche zu Markt getragen und seine bestreit dort aufgerissen hat, ohne sich dabei einen Pfennig erübrigen zu können.

Heute ist er verbraucht! Und darum hinaus mit ihm, ins Elend! Ja, wir sind so human!

**Beche Konkordia,** Schacht II. Am 8. Oktober gingen hier bei der Seifahrt die Körbe los, wobei vier Arbeiter teils schwer, teils leichter verletzt wurden. Weilricht waren die Körbe nicht sorgfältig genug verschlossen, oder sie haben sich infolge des schnellen Tempos mit dem der Korb heruntergelagert wurde, geöffnet. Jedoch ist dieser Unfall eine Mahnung, in Zukunft bei der Seifahrt größere Vorsicht walten zu lassen. Die Behandlung der Verletzten hätte auch eine bessere sein können. So blieb z. B. einer derselben solange hilflos in der Waschküche sitzen, dass sogar die anderen Arbeiter sich beim Betriebsführer darüber beschwerten. Einem der Beschwerdeführer wurde am 15. Oktober gekündigt. Es werden die berechtigten Beschwerden der Arbeiter berücksichtigt. Wer zu muten wagt, steigt hinaus.

**Beche Langenbrühl.** Das Strafzettel wird hier immer schlimmer, besonders wegen Ladens unreiner Kohlen. Das schwarze Brett ist fast so klein für die vielen Strafzettel. Beschweren sich die Arbeiter über die vielen Strafen, dann heißt es: "Ihr müsst stetzen, dass andere Paragrafen in das Gesetz kommen." Das Überschreitenwesen wird trotz der Strafe immer schlimmer. Die Woche macht die ganze Belegschaft eine Übersicht. Wer dieselbe nicht mitmacht, läuft Gefahr, schlechte Arbeit zu erhalten oder gekündigt zu werden. So wurde im Oktober zwei Arbeitern, die keine Lieberichtserfahrungen erlangten, gekündigt. Als sie nach der Kündigung fragten, erklärte der Beamte, die Beche hätte kein Interesse mehr an ihnen.

**Beche Pluto,** Schacht Wilhelm.

Die Rücksicht trifft den Kameraden nun so schlimmer, weil er seine "eigene" Hütte und daraus eine Portion Brot zu ziehen hat. Wird er zum Verlassen seiner Hütte gezwungen, kann er sein Häuschen nicht auf dem Rücken, gleich einer Schnecke mit, fortnehmen. Die Arbeiter sind dann auch über diese Maßregelung außerst empört; aber vielleicht verfolgt die Werksleitung gerade den Zweck, die Arbeiter in einen Missstand zu treiben? Daraus deuten auch die übrigen Maßnahmen hin. So wurde am 10. August durch Ausschlag bekannt gegeben, daß während der Arbeitszeit kein Arbeiter Trinkwasser holen dürfe. Der Direktor Schweigert wird wohl kein Wasser trinken und so glaubt er auch, die Arbeiter könnten sich besseren entzweien. Dann soll man den Arbeitern aber auch Direktorengehälter zahlen, damit sie ihren Durst nicht mit Wasser zu stillen brauchen. Das Schnarrenpumpe spielt auch eine große Rolle und wird sehr bestimmt. Ein Speichelseiter würde g. J. mit 8 Mk. bestraft, dessen Frau und ein Aufseher aber forchten sollte, daß die Strafe jetzt auf einen damals völlig unbeteiligten abgewandelt wurde. Über nicht alle haben ein solches Glück, wie nachstehendes zeigt. Der Kamerad A. R. mußte einen halben Tag fasten und beauftragte den Kaufmännischen der Firma, ihn abzuholen. Dieser vergaß das jedoch und so wurde R. mit 8 Mk. bestraft. Als er sich beim Betriebsführer hierüber beschwerte, wurde er nach Hause geschickt und nochmals mit 8 Mk. bestraft, obendrein wurde ihm die Entlohnung in die Hand gedrückt und sechs Schichten à 20,40 Mk. gleich 20,40 Mk. wegen Kontrahenz vom Lohn abgehalten, weil er die Arbeit ohne Rücksicht verlassen habe. Einem anderen Kameraden legte am Vortag der Lohn für eine Schicht. Als er denselben verlangte, wurde ihm am 18. Oktober gekündigt. Das sind ja ganz unerhörte Maßnahmen, welche die Arbeiter zum Steuern treiben müssen. Die Behandlung der Arbeiter ist nirgends schlechter wie hier. Der wachsenden Empörung der Arbeiter aber glaubt man mit Gewaltmaßregeln begegnen zu können, so wurden schon an einem Tage 18 Männer mit insgesamt 54 Mk. bestraft. Wenn sich die Arbeiter unter diesen Umständen entschließen zu unbesonnenen Schritten hinzuholen, so braucht das niemand zu wundern.

## Oberbergamtbezirk Breslau.

**Grube Amuron.** Vor Jahresfrist, am Bergarbeitsfest, wo auf den oberösterreichischen Zeichen allgemein gefeiert wird, sagte in seiner Predigt der Pfarrer Rottkota: „Die fatale Grube Amuron ist von Gott eine der gezeugten, weil selten auf dieser Grube ein Unglück passiert.“ Der Pfarrer dachte natürlich, daß auf einer neuen Bergwerksanlage mit 500 bis 600 Mann Betriebsfahrt schon Massenkatastrophen vorkommen sollten. Aber nur abwartet, Herr Pfarrer! Der Segen Gottes scheint dann auch schon nach einem Jahre von dieser Pfarrkirche verschwunden zu sein, denn vor nicht langer Zeit wurde ein junger Hauer von 20 Jahren getötet. Das Unglück geschah dadurch, daß Monture, die über dem Altersfang arbeiteten, aus Unvorsichtigkeit eine Wohle in den Schacht fallen ließen. Am 4. Oktober d. J. wurden zwei Hauer getötet und ein Schlepper schwer verletzt. Wie die Bergleute ansagen, sollen über dem Baue große Kohlräume nicht ausgeschöpft worden sein, sobald herabfallende Kohlenmassen den eisernen Bergzug durchschlugen und die sich darunter befindenden drei Arbeiten verdrängten wurden. Am Grabe unseres Mitglieds Nowak aber sorgte der Geistliche, daß er nicht zur Beerdigung gekommen wäre, wenn er gewußt hätte, daß der Verunglückte ein Sozialdemokrat gewesen wäre. Das ist die Nachsteuerle der oberösterreichischen Millionäre im Priesterwende.

**Königin Luisengrube.** Die Bewetterung ist auf dieser fiktischen Grube so schlecht, daß der Bulverdampf in einzelnen Bereichspunkten fast die ganze Schicht stechen bleibt und die Arbeiter sich in einer Mäusekammer wähnen. Die Fahrörter sind infolge des Schlammbaus so verschlammmt, daß sie kaum zu passieren und namentlich die Wagen kaum von der Stelle zu bringen sind. Besonders schlimm sieht es in den Fahrörtern des 9. und 10. Bremseschachtes aus. Besonders das Gestänge ist überall sehr schlecht. Die Hauer müssen das Holz mitsamt die Brennglocken hinaufschleppen. Die Arbeitszeit beträgt einschließlich Ein- und Ausfahrt 10 Stunden und zwar findet die Einfahrt für die Tageschicht morgens von 5—6 Uhr, die Ausfahrt nachmittags von 3—4 Uhr statt. Für die Nachschicht findet die Einfahrt abends von 7—8 Uhr, die Ausfahrt morgens von 5—6 statt. Das ist mit Ein- und Ausfahrt eine Schichtzeit von rund 10 Stunden. Viele Arbeiter nehmen ihren Sprengstoff mit in den Zug in welchem die Arbeiter vom Schacht bis zu ihrer Arbeitsstelle transportiert werden. Wir halten das für sehr gefährlich, denn wie leicht kann sich da einmal eine Explosion ereignen, welche unter den vielen Arbeitern eine entsetzliche Wirkung auslösen würde. Die Behandlung der Arbeiter ist eine sehr schlechte; die Wöhne werden immer mehr heruntergedrückt; der Fristus und seine gut bezahlten Beamten fragen nicht danach, ob der Arbeiter bei den teuren Verhältnissen mit den Hungerschlägen auskommt. Das Reaktionss- und Beschwerderecht wird den Arbeitern mit allen Mitteln illusorisch gemacht. So sorgt Vater Staat nach Kräften dafür, daß jedes Mitbestimmungsrecht den Arbeitern unmöglich gemacht wird und diese nicht zu uppig werden.

**Sächsische Kohlen- und Gesteinswerke.** Die Behandlung der Arbeiter läßt hier im allgemeinen sehr zu wünschen übrig, besonders aber sucht sich der Reserveleiter Rudolf vom Mayrauschacht hervorzuhalten. Kürzlich trat er einen Hauer, der beschäftigt war, ein Büchsenloch zu machen. Er fragte ihn, wo er das Spießen habe und als dieser erwiderte, das sei zum Schärfen in der Schmiede, legte er los: Lapp, Kessel, verflucht, hämische Kreatur usw. Statt die Beamten wegen solcher wüsten Ausfälle zu rügen, geht der Oberleiter D. ihnen noch mit bösem Beispiel voran, ja, dieser Herr versteht sich sogar sonst, daß er gegen alte Arbeiter zum Schlag ausziehe. Fühlen diese Beamten denn das Unwürdige eines solchen Tuns nicht?

## Aus dem Kreise der Kameraden.

### Oberbergamtbezirk Dortmund.

#### Geheimer Bergrat E. Krabler +.

Am 24. Oktober verstarb in Essen ein Mann, dessen Name mit der Geschichte des Bergbaues im Ruhrbecken eng verbunden ist. In dem „alten Krabler“ verlieren die rheinisch-westfälischen Grubenbesitzer einen ihrer energischsten und wirksamsten Vertreter, der ein arbeitsreiches Leben hinter sich hat. Krabler gehörte zu den Naturten, wie sie der Ruhrbergbau mehrere aufzuweisen gehabt hat und noch aufweist. Wenn der Tod solche Leute zu sich lädt, dann gesiegt es sich wohl, auch ihnen nicht die Beachtung zu versagen die sie in ihrer hervorragenden Stellung sich einmal erwähnen haben. Krabler war einer von jenen Menschen, die sich weit über das gewöhnliche Niveau ihrer Umgebung herausheben. Und diesem Gefallen wie kaum ein anderer das blinde Vertrauen und die unbedingte Gefolgschaft seiner Freunde aus den leitenden Kreisen im Ruhrbergbau. Solche Leute, wie der alte, könnten fruchtbar wirken, nicht nur für einen engagierten Interessenkreis, wenn sie wollten. Weil Geld und viele Kämpfe könnten sie verhindern, wenn in ihnen nicht allzu großer Hang zum Herrenmeinungsentum innerwohnte. Das war auch bei Krabler der Fall. Die Bergarbeiterbewegung war ihm ein Greuel, er hatte uns tödlich. Der Herrnhauptsstandpunkt galt ihm als das höchste Gut. Was die Arbeiterschaft zu ihrem sozialen Aufstieg forderte, wies er zurück mit jener brutalen Offenheit, die eine friedliche Verständigung zwischen Bergarbeitern und Grubenbesitzern vornehmlich ausschloß. Die Bergarbeiter erkannten längst in ihm jene Person, die zwei Jahrzehnte hindurch es vermocht hat, den Arbeiter zu quälen, was ihnen gebührte. Die Mithörung in den Lohn- und Arbeitsschlagen im Ruhrbergbau. Aber Krabler wollte herstellen, ruhestlos herstellen, ihr & auszuhören die Arbeiter die Gesetze einzutragen, die zum Unternehmertum für sie bestimmt waren. Und da die Bergarbeiterfahrt füßt dazu nicht bequeme, hörte er die treibende Kraft, die den demütigen Unterwerfung entgegenwirkt. Die Bergarbeiterorganisation. Das hat die Geschichte der letzten 20 Jahr ost genug gezeigt. Wir sehen ihn noch im Geiste, wie er als Benisonat noch herbeilst, um auf den Generalversammlungen des Allgemeinen Knappennachstvereins anlässlich des Kampfes um das neue Statut den Arbeitern und Werksvertretern seinen Willen zu diffusieren! Nur den Lippen ein menschenverachtendes Lärmeln, wollte er in entscheidenden Stunden mit der Hand an und mit der Verständigung war es vorbei. Und jeder von den Arbeitern fühlt es, wer diese Verständigungen vereitelte. Wie mag es dem alten, fast 70jährigen Mann zu Blut genessen sein, als es doch schließlich zu einem Abschluß in der Knappensfrage kam, der ihm nie mit angehört war. Genug, die Grubenbesitzer verlieren in ihm einen Mann, den sie von ihrem Standpunkt aus als einen großen Toten betrachten können, wie die Bergarbeiter hingegen wünschen, daß Naturten wie Krabler nicht oft sterben. Solche Leute können sich da behaupten, wo das ergebene Elend vorherrscht. Die Krabler verlieren sich, wo ein trügerisches und sich zufriedendes Proletariat gegen unbeherrschtes und brutales Herrenrecht sich aufzustützt. Das ist bei den Bergarbeitern der Fall.

**Warnung an auswanderungslustige Bergarbeiter.** Meistens ist den Bergarbeitern angeboten worden, nicht den Bedingungen gewissenloser Werbegärtner zu folgen, vornehmlich, wenn für Amerika Bergarbeiter angeworben wurden. Noch jetzt treiben sich im Ruhrgebiet und anderswo Arbeiter umher, um Arbeiter nach Kanada wie nach Chile (Mawas) zu locken. In beiden Distrikten befinden sich die Bergarbeiter im Streit. Deutsche Bergarbeiter sollen also Streikbrecher spielen. Um sie sonst zu bringen, werden die verdecktesten Versprechungen gemacht, die selbstverständlich nicht eingehalten werden. Im Gegenteil, angeworbene deutsche Bergarbeiter, die die Mahnungen in den Mund schlagen, berichten uns jetzt über das Ende, in das sie hingezogen sind. Sie müssen, so schreiben sie uns, trotz langer Arbeitszeit ebenfalls Hunger leiden, werden wie Sklaven und Zuchthäuser behandelt. Nur wieder fort, aber wie? Der Verband kann nicht helfen, er hat dringend vor der Auswanderung gewarnt, darum haben die betroffenen Bergarbeiter ihre Tage selbst verschuldet. Wir raten daher nochmals dringend unseren Kameraden, den Bedingungen solcher Werbegärtner nicht Folge zu leisten, sondern ihnen ganz energisch die Tür zu weisen. Wer sich nicht mitwilligerweise ins Land stürzen will, der besorge unseren Rat. Ob die Auswanderungslustigen endlich Vernunft annehmen werden?

#### Schöne Wahlerfolge des Bergarbeiterverbandes.

Die am Samstag, den 20. Oktober in vier Sprengeln erzielten Ergebnisse des Bergarbeiterverbandes gelangten folgendermaßen: Der Verband erhielt mit 780 Stimmen drei Westen und zwei Erfahrungsmänner, während der christliche Gewerbeverein mit nur 408 Stimmen einem Westen und zwei Erfahrungsmännern sich begnügte zu wählen. Bald hätte der Gewerbeverein auch eben einen Westen nicht erhalten, denn in Wellinghausen bei Essen siegte er, trotz des schwäbigen Flügelblattes, daß er am Tage vor der Wahl herausgebracht wurde, daß er nur über eine Mehrheit. Dabei muß aber berücksichtigt werden, daß die Gewerbeverein die Westen etwas bevorzugt.

Auch diese Wahlen beweisen wieder, daß der Verband sich immer mehr das Vertrauen der gesamten Ruhrbergarbeiter erzielt. Es geht auch in den schwäbischen Winkel vorwärts.

Das Resultat in den einzelnen Sprengeln stellt sich wie folgt:

Sprg.-N.	Ort	Verb.	Gewerk.	Pol.	Ullg. u. Bergr.
180a	Wellinghausen	139	140	—	4
191b	Witten	262	169	—	—
220	Witten	276	157	17	6
200a	Wülfrath-Mehr.	88	—	—	—
"	Erschmann	15	—	—	—
		780	406	17	10

Auch die Ausschusshäuser auf der Begehr-Westende verließen für den Verband günstig. Seine Kandidaten wurden gewählt.

## Zohubbewegungen und Streiks.

#### Der Streik in Mansfeld.

Woche auf Woche ist vergangen, die Mansfelder Bergarbeiter stehen immer noch im Streik. Mag der Kampf nun mehr ausgehen, wie er will, der Erfolg des Kampfes liegt schon im Kampfe selbst. Darüber wird sich kein Mensch mehr hinwegsehen können, ob Freund oder Feind; das sind nicht mehr die alten schenken Knappen, wie wir sie seit Jahren gekannt haben, die der Organisation aus dem Wege gingen und ihren Kameraden mit, die in dem Verdacht standen, bei der Mansfelder Gewerkschaft „anreicher“ geworden zu sein. Wie haben es erlebt wie Bruder an Bruder vorüber ging, wie sie sich nicht ansehen, nicht beachten, weil einer von ihnen in Begleitung eines bekannten Verbandsangehörigen war. Und doch standen sich die Brüder auch in der Gemüthe nahe. Aber die Furcht, unter die „Verächtlichen“ zu geraten, d. h. in den Verdacht zu kommen, daß sie Gewerkschaft und Freigewerkschafter zu sein, zwang den einen sich als Blutsverwandten an den Wegen und anderwohl zu verstecken. Diese Furcht war typisch. Heute aber stehen 10000 Mann zusammen, unerschrocken und bereitst für die Idee, für die sie kämpfen und die sie offen bekennen. Alles zum Trotz. Daß es sowohl gekommen ist, ist ein großer moralischer Erfolg der Mansfelder Bergarbeiter. Und mag der Kampf ausfallen wie er will, indem seine Folgen zunächst gute oder böse sein. Das eine steht fest. In der Zeit, wo die laufende Mansfelder Bergarbeiter für eine große und gerechte Sache in den Kampf zogen, da waren sie freie Menschen; Hunderte mit Hunderten anderer solidarisch verbunden; — laufende — ein Herz und ein Willen! Das etwas vertraut nicht ganz, das läßt u n n e l s i c h b a r e Spuren hinter sich und das ist ein Erfolg des Kampfes, auf den nicht nur die streitenden Mansfelder Bergarbeiter stolz sein können, nein, auf den auch wir stolz sind.

Welche Überraschung der Streik für die Satten und die Werksverwaltung gebracht hat, das zeigt die K o p f l o g e k e i t, mit der die hohen Werkschefs in den Mansfelder Revier dem Streik gegenüberstehen. Denn mit der „Festigkeit“, dessen sich der Herr Vogelsang, der Leiter der Mansfelder Gewerkschaft, rühmt, ist es nicht weit her, sie wirkt grotesk. Er, der ehemalige Offizier, will, wie auf dem Felde, auch den Streitenden gegenüber nicht warten und bis zum Erlegen kämpfen. Nur über seinen Körper soll der Weg des Nachgebens gehen. Das ist ein stolzes Wort, wenn es aus anderem Munde kommt. Aber für einen, den der Hass an die Spitze eines großen Betriebes gerufen hat, der stets satt zu essen hatte und sich auch außerhalb seiner jetzigen Stellung satt essen würde, — für einen solchen Menschen gibt es doch wenig oder gar nichts zu verlieren. Dem Schärfmacherium zu frönen, dazu bedarf es doch nicht des Muten, dessen sich Herr Vogelsang rühmt. Dazu bedarf es nur der sozialpolitischen Rücksicht, einer Kulturwidrigkeit, einer Füllurwidrigkeit, der Unförderungen einer modernen Zeit gegenüber! Und es bedarf, worauf es ganz besonders ankommt, der Geduld und der gleichen sozialpolitischen Rücksichtlichkeit der Herren Kästenbesitzer, der Besitzer der Mansfelder Gruben. So lange die Letzteren wollen, kann sich Herr Vogelsang seines Nutzen loben, wollen die Kästenbesitzer aber nicht, liegt Herr Vogelsang morgen auf der Stredie, wie er arme Bergarbeiter zur Stredie gebracht hat. Und gehört etwa der Offiziersmut dazu, Dutzende braver Familienväter aufs Straßenplaster zu legen, weil sie für sich die rechtschaffigen Gesetze in Anspruch nehmen? Auch dazu gehört doch kein Mut. Kennen Herr Vogelsang nicht den Satz, daß mit Gemalt oder mit dem Belagerungszufand, mit Kanonen usw. jeder Esel regieren kann? Wenn man also diktatorische Macht als Werksleiter ausübt, dann nennt man ein Vorgehen, wie es sich Herr B. zugeschulden kommen ließ, nicht Mut, sondern schwäbige Rache. Weil der Herr mit Vernunftgründen den Geist der Organisation bei seinen Arbeitern nicht unterdrücken konnte, greift er zu Waffen, die nicht seinen Mut bewundern lassen, sondern den Herrn in den Augen aller vernünftig denkenden Menschen einfach lächerlich machen. Wenn von Mut die Rede sein kann, dann nur da, wo Herr Vogelsang anfängt, sich an mittelalterlichen Prinzipien festzuhalten. Wer er mit Anschauungen von anno Tobal dem Geist der neuen Zeit entgegenstellt. Dazu gehört in gewissem Sinne Mut. Und weiter, kein streitender Bergarbeiter denkt daran, Herr Vogelsang ein Haar zu krümmen, also reicht sein Mut auch hier nur so weit, wie die Gefahr reicht.

Und darum sagen wir, Mut würde der Herr Werksleiter in Wirklichkeit erst dann zeigen, wenn er ansingt, sich selbst zu korrigieren. Das Militär ist aus dem Mansfelder Revier immer noch nicht heraus, die Maschinengewehre hingegen sind bereits gestellt. Nun streift man sich aber herum, wie die Kosten des Kriegsfeldzuges gegen die Mansfelder Bergarbeiter degt. Und da hört es. Die Werksverwaltung würde es vielleicht auflassen, wenn ihre Arbeiter bei den geringsten Vergehen wie die heteros niedergemacht würden. Sonst müßte sie ja selbst gegen die Zulassung des Militärs protestieren. So beschränkt sie sich auf die Erklärung, daß sie das Militär nicht bestellt habe, also auch nichts bezahlt wird. Es ist eigentlich gar nicht so recht heraus, wie das Militär bestellt hat und wer die Kompanien anbefohlen hat, ins Revier zu marschieren. Das „Berliner Tageblatt“ fordert ja den Reichskanzler auf, Reden zu geben unter allen Umständen. So gehe ich wird, daran ist kaum zu glauben. Was nun die Bezahlung anbelangt, so werden schließlich die armen Gemeinden des Mansfelder Bezirks bluten müssen, wie das aus einem Bericht hervorgeht, der uns unser Berichterstatter im Mansfelder Bezirk zufüllt. Es heißt da:

Der Gemeinderat von Helbra hielt am 28. Oktober eine Abendsitzung ab, um Stellung zur Verpflichtung des Militärs zu nehmen und beschloß:

Die Gemeinde Helbra zahlt freiwillig zur Verpflichtung des während dem Bergarbeiterstreik hier stationierten Militärs an diejenigen Wälle, bei denen das Militär untergebracht ist, einen täglichen Zuschuß von 25 Mk. zu dem von der Militärverwaltung vereinbarten Kosten.

Dieser Beschluss ist ein direkter Faustschlag ins Gesicht der Helbraer Bevölkerung, die zu 90 Prozent oder gar mehr, aus Bergarbeitern besteht, denen man nicht nur die notwendigen Kosten des militärischen Spaziergangs nach Mansfeld aufzubretten, sondern sie noch mit Extrastunden bezahlt und verhöhnt. Da die Soldaten in drei Wirtschaften untergebracht sind, ist das eine tägliche freiwillige Mehrbelastung der Gemeinde Helbra von 75 Mk. Dazu kommen die enormen Pflegekosten von 2,20 Mk. pro Mann und pro Tag als Kostenzuschlag der Militärverwaltung und die erhöhte Löhnung — Kriegsauslösung — Kosten, die ebenfalls von den armen Gemeinden aufgebracht werden müssen. Warum wurde gefragt, die übrigen Verpflichtungskosten wurden von der Kreisstadt getragen, da die Gewerkschaft sich weigerte, zu den Kosten etwas beizutragen? Im Interesse der Gewerkschaft schickte man den Gemeinden Militär auf den Hals, um schafsgesetzdem Gewehr und auf gepflanztem Seitengewehr die Bergleute in die eitze reichste Gesinnungskunst zurück zu treiben und nun müssen dieselben Bergleute das gegen die aufgebotene Militär von ihren Hungergründen beklagen! Und da sage noch jemand, daß es in Deutschland keine Gerechtigkeit gäbe.

Dabei muß weiter berücksichtigt werden, daß die Gemeinde Helbra, als ausschließliches Arbeiterdorf sehr arm und außer Stande ist, auch nur seine notwendigsten kommunalpolitischen Pflichten zu erfüllen, obwohl ein Kommunalsteuerauszug von 175 Prozent erhoben wird und die Erhöhung dieses Steuerauzugs auf 200 Prozent in Aussicht genommen ist! Schlechte Wege, schlechte Schulen, ungünstige Wasserversorgung, kurz, überall mangelt es, aber zur Verpflichtung des Militärs, zwecks Besiegung des reichsstreuen inneren Feindes, ist Geld bald doch längst trotzdem kosten. Die Bewohner der Kolonie Hergisdorf, einige abgelegene Häuser die zu Helbra gehören, den Auftrag, die Gemeinde solle ihnen die Hundesteuer erlassen, da sie zur Bewachung ihrer Häuser einen Hund benötigen. Diesen Antrag lehnte der Gemeinderat ab, weil die Gemeinde Helbra sich in finanzieller Bedrängnis befindet und auf keine Einnahmen verzichten könnte.

Der Beschluss in Helbra, dem ähnlich in anderen Ortschaften folgen werden, da die Anerkennung vom Landrat ausgegangen sein soll, die man im ganzen Lande nicht verstehen wird, ist und war nur denkbar in den manstädter Verhältnissen. Die Arbeiterschaft, das Bergertum, alles ist empört über die Rekrutierung des Militärs und selbst die Berichterstatter des „Berliner Tageblatt“ und der „Leipziger Neuesten Nachrichten“ mißt die Empörung des Bergertums zugeben und trotz allem ein solcher Beschluss mit allen gegen zwei Stimmen.

Die „Magdeburger Zeitung“ vom 29. Oktober wendet sich in einem längeren Artikel scharf gegen die Maßnahmen der Behörden, die ganz unverständlich das Bergertum belästigen und schreibt zum Schluss: „Der Unruhe über dieses Vorgehen (Militärheranziehung) ist so allgemein in Mansfeld, daß es wahrscheinlich not tut, daß auch die bürgerliche Presse energisch Verwahrung einlegt.“

Einen allgemeinen Unwillen unter den ganzen Bevölkerung konstatiert selbst dieses Bergblatt, fordert sogar die Werksprese zum energischen Protest heraus, und um so mehr wird jeder Mensch fragen: Wie ist ein solcher Beschluss möglich? Sehr einfach. Die Mansfelder Bergleute sind bisher die Räuber gewesen, die die Räuber selber gewählt haben. In Helbra ist der Ortsvorsteher im Hauptamt Hausteiger der Mansfelder Gewerkschaft, außerdem sind sechs weitere Mitglieder des Gemeinderats Obersteiger und Steiger, zwei sind Knappensäkrate, einer Apotheker, drei Bergleute, die als Streikbrecher auf den Schacht gehen, und der Warenhausbesitzer Römmert! Herr Römmert, der alles was er hat, den Bergleuten verbannt, trat noch am Wärstens und entschieden für die Zulage ein! Das werden sich die Bergleute merken. Dieses Gemeindeparlament ist eine „Widerspiegelung“ der Volksstimme, wie etwa das preußische Herrenhaus als preußische Volksvertretung, und was

friedenheit wuchs. Doch wehe dem, der sich nicht an den von oben herab begünstigten „reichen streuen Berzin“ anschloss. Wer sich ein freies Wort erlaubte, mußte gehen, ohne Rücksicht auf Alter oder Familiu. Unser Bergarbeiterverein (Wilhelm Höhler, Bochum) war vom vierzehnten Jahr ab über 80 Jahre Bergmann; er hatte sich im geheimen dem Bergarbeiterverbande angelassen; durch Denunzianten bloßgestellt, mußte er sofort die Grube verlassen. Nun kam der Stein ins Rollen. Es schlossen sich immer mehr insgeheim dem Verband an. Plötzlich wurde auf Niemand schaht 45 Kameraden gekündigt. Warum? Sie hätten sich außerhalb ihrer Arbeit unliebsam bemerkbar gemacht. Sie waren denunziert, einer Volksversammlung beigezogen zu haben. Das schlug dem Fas den Boden aus und in wenigen Tagen liegen sich achttaufend Kameraden in den Verband aufzuhören. Unerwidrig hat es Direktor Vogelsang abgelehnt, entsprechend dem Antrag der gewählten Kommission die geflinderten Kameraden wieder einzufassen. Daraufhin traten am 4. Oktober die Kameraden des Nierauhütchtes in den Aussatz. Jeder glaubte, die Sache würde glücklich beigelegt werden, aber – weit gefehlt, da hatten wir die Rechnung ohne Herrn Direktor Vogelsang gemacht! Er bulde keine organisierte Arbeiter auf seinen Werken, verkündete er. Gegenwärtig sind sämtliche Schächte in den Aussatz eingetreten; auch mehrere Hütten sind beteiligt, so daß die Zahl der Streikenden zirka 10.000 erreicht hat, das sind zwei Drittel unter Tage (in der Grube), beschäftigte Arbeiter. Viele der noch anfahrenden Kameraden hat die Gewerkschaft gebunden. Sie haben vorsichtigweise Kapital zum Häuserbau erhalten und sich dafür verpflichtet, sich keiner Organisation anzuschließen und die Arbeit der Gewerkschaft nicht zu verlassen. Andererwohl in Familienhäuser unter denselben Bedingungen. Die Leser der „Berliner Morgen-Zeitung“ werden unterschwer die Beleidigung dieser Kameraden ertragen. Mit wenigen Ausnahmen erklären sie sich solidarisch mit den Streikenden. – Aufgrund einer Kompromiß in Hettstedt hat man uns Militär, bald so viel Soldaten, wie Streikende, auf den Hals geschickt. In Hettstedt ist der, von Mansfeld bis Eisleben die 88er, in Greifswald die 72er. Soeben sind in Hettstedt auch noch die Halsberstädter Straßiere angekommen; sogar zwei Maschinengewehre sind vor der Kupferkammerhütte (Burg Derner) aufgestellt – und überall ist Ruhe, tiefe Ruhe, die der Mansfelder Bergmann zu wahren versteht!!

Ein streikender Bergmann.

Der „Arbeitswillige“ schreibt:

„Geehrte Redaktion!

Hierdurch teile ich der Redaktion mit, daß diejenigen, die sich an dem Streik nicht beteiligt haben, aus reiner Furcht noch auf Arbeit gehen. Ich selbst bin ein solcher. Über ich kann nicht anders, meine drei erwachsenen Söhne von 24–30 Jahren streiken, ich als alter Mann habe mir aus saner ersparten Notgroschen ein kleines Grundstück erparpt. Wertere ich meine Arbeit hier, muß ich auswandern, muß Haus und Hof in Stiche lassen, verlieren also mein ganzes Hab und Gut. So geht es hunderten Kameraden! Viele haben das Kapital von der Gewerkschaft zum Haus. Wenn dies nicht wäre, dann ständen wir wie ein Mann!!! Hier gibt es andere Arbeit als bei der Gewerkschaft nur in ganz seltenen Fällen. Es wird den Leuten der Acker fortgehen müssen, den sie von der Gewerkschaft gepachtet haben, auch selbst, wenn er zurecht gemacht ist. Die will die Leute auf diese Art zum Umsturz zu bringen. Der Streik ist dadurch entstanden, weil die Kameraden, die sich organisierten, immer abgeholt wurden. Ein Kamerad steht jetzt in Eichersleben in Arbeit und will sein Haus verkaufen oder verpachten. Leider wird sich hier ja ratsch keinen finden und so kann es hunderten Kameraden auch noch gehen. Ich könnte viel tun, um zu helfen, die auf diese Weise auswandern müssten; hier blutet einem das Herz. Militär hat hier nichts zu tun, wir sind ja doch reichstreue Knappen! Vor einigen Jahren haben wir Später gebildet für unseren Stafer, jetzt kommen unsere eigenen Mansfelder Söhne und sollen womöglich auf uns schiessen! Schrecklich! Heute könnte unser Stafer in unserer Mitte sein, und wir wären ebenso treu wie vor Jahren!!

Mit herzlichem Glückauf!

(Folgt Name und Wohnort des Briefschreibers.)

Beiden Briefen etwas hinzuzufügen, ist nicht nötig. Sie sprechen für sich und erläutern uns auch drauflich die Situation im Streikbezirk und die wirtschaftliche Abhängigkeit, in der die Bergarbeiter von der Mansfelder Gewerkschaft leben.

Mansfeld, 1. November. Kurz vor Schluß der Redaktion ging uns noch folgendes Telegramm zu: „Streikende stehen fest. Bis heute ein Streikbrecher. Hüttenleute sollen auf Schacht Streikarbeit verrichten; wollen sich deshalb dem Streik anschließen.“

**Kauen.** Der Streik auf Grube Gradenreich wurde nach sechs-tägiger Dauer mit einem teilweisen Erfolg beendet. Die Verwaltung bewilligte zehn Pfennig Lohnzulage pro Schicht, Errichtung einer Waschküche mit Brausen, ferner dreimalige Lohnzahlung im Monat statt der zweimaligen, wie bisher, und Ausfahrung von Lohnbüchern. Auch dürfen Maßregelungen anlässlich des Streiks nicht vorgenommen werden. Daß die Forderungen nicht voll und ganz bewilligt wurden, lag zuerst an den örtlichen Verhältnissen, finden durch die Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter sowie durch den Streik am Kanalbau sich eine Zahlstreikbrecher gefunden haben würden. Auch waren es selbst die Frauen der Streikenden, welche förmlich ihre Männer in die Grube trieben und glaubten, ohne Gradenreich nicht mehr leben zu können. Trotzdem ist von den Streikenden keiner zum Streikbrecher geworden, außer sechs Mann, welche wohl die Forderungen mit gestellt aber nicht mit in den Aussatz getreten sind. An den Kameraden muß es nun liegen, ihre Frauen ebenfalls besser, wie bisher, über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufzuklären, damit auch sie sich zu kämpfen der gerechten Arbeitssache hinzubilden.

**Braun.** Der Streik auf Grube Gradenreich wurde nach sechs-tägiger Dauer mit einem teilweisen Erfolg beendet. Die Verwaltung bewilligte zehn Pfennig Lohnzulage pro Schicht, Errichtung einer Waschküche mit Brausen, ferner dreimalige Lohnzahlung im Monat statt der zweimaligen, wie bisher, und Ausfahrung von Lohnbüchern. Auch dürfen Maßregelungen anlässlich des Streiks nicht vorgenommen werden. Daß die Forderungen nicht voll und ganz bewilligt wurden, lag zuerst an den örtlichen Verhältnissen, finden durch die Aussperrung der Maurer und Bauarbeiter sowie durch den Streik am Kanalbau sich eine Zahlstreikbrecher gefunden haben würden. Auch waren es selbst die Frauen der Streikenden, welche förmlich ihre Männer in die Grube trieben und glaubten, ohne Gradenreich nicht mehr leben zu können. Trotzdem ist von den Streikenden keiner zum Streikbrecher geworden, außer sechs Mann, welche wohl die Forderungen mit gestellt aber nicht mit in den Aussatz getreten sind. An den Kameraden muß es nun liegen, ihre Frauen ebenfalls besser, wie bisher, über die wirtschaftlichen Verhältnisse aufzuklären, damit auch sie sich zu kämpfen der gerechten Arbeitssache hinzubilden.

**Massenprotest der Bergarbeiter gegen den Zentralarbeitsnachweis der Bergherren.**

Am Sonntag, den 31. Oktober fanden im Auehrevier eine große Zahl öffentlicher Bergarbeiterversammlungen statt, um zu dem geplanten Zentralarbeitsnachweis der Grubenherren Stellung zu nehmen. Alle Versammlungen wiesen einen massenhaften Besuch auf, ein Beweis, wie groß die Erregung unter den Bergarbeitern ist; auch ließen sie keinen Zweifel darüber, daß die Bergarbeiter entschlossen sind, der Einführung des Zentralarbeitsnachweises, wie ihn die Grubenherren planen, den äußersten Widerstand entgegenzusetzen und eventuell zum letzten Mittel, zum Streik, zu greifen.

Die Schützenhofversammlung in Bochum war von über 5000 Bergarbeitern besucht. Den Ausführungen des Referenten Lößler-Gelsenkirchen wurde stürmischer Beifall gezollt. Die Erregung war eine außerordentliche und häufig erlöste Zwischenrufe: „Streik!“

In Dortmund sprach in der Hohenstaufen Kamerad Böcking-Bochum. Die Versammlung war von 4 bis 500 Bergarbeitern besucht und viele Hunderte mußten umkehren, weil es keinen Platz mehr finden konnten. Den Ausführungen des Referenten wurde stürmischer Beifall gezollt und ließen die Bergarbeiter auch hier keinen Zweifel darüber, daß sie zum Auseinander entschlossen sind.

Vor einer von über 1500 Bergarbeitern besuchten Versammlung sprach in Gelsenkirchen bei Jürgenhaag Kamerad Bartels-Dortmund. Seine Ausführungen wurden mit großem Beifall aufgenommen und die Resolution an den Minister einstimmig angenommen.

Die Versammlung bei Radetz in Recklinghausen, wo Kamerad Wagner-Bochum sprach, war von über 800 Personen besucht. Das Volk war derart überfüllt, daß es polizeilich abgesperrt wurde, und mehrere hundert Bergarbeiter mußten wieder umkehren. Die Ausführungen des Referenten sowohl wie der verschiedenen Diskussionsredner wurden mit großem Beifall aufgenommen. Die Stimmung dieser Versammlung zeigte ebenfalls, daß die Bergarbeiter zum Auseinander entschlossen sind.

Im Lokale des Witro Götz in Kamen hatte sich in der Protestversammlung circa 800 Bergleute eingefunden, die gespannt den Ausführungen des Kameraden Hünemann lauschten. Bekalte Entlüftungsroste wurden laut, als der Referent die Wirkungen des Arbeitsnachweises darlegte. In einer kurzen Debatte zeigte es sich, daß die Bergleute schon heute überzeugt unter Maßregelungen und Schikanierungen zu leiden haben.

Das gleiche Bild zeigten alle übrigen Versammlungen. In Bruckhausen sprach in einer von über 1500 Bergarbeitern besuchten Versammlung unter großem Beifall Kamerad Janisch-Gladbeck, desgleichen in einer vom christlichen Gewerksverein in Gladbeck im Lokale des

Gehren Neul einberufenen öffentlichen Versammlung, wo Sekretär Weginger vom Gewerksverein referierte. Die Versammlung war von 800 Kameraden besucht und wurde in derselben die Verbandsresolution angenommen. In Oberhausen sprach vor über 1000 Bergarbeitern Kamerad Aufderstraße-Bochum, in Sterkrade vor über 800 Bergarbeitern Kamerad Joachim-Oberhausen.

In Frechen sprach in einer vom Gewerksverein einberufenen, von etwa 12–1800 Bergarbeitern besuchten Versammlung Löbed (Gew.) und Schmidt (Verb.). Die Resolution des Verbandes an den Minister wurde einstimmig angenommen. Das gleiche war der Fall in einer vom Gewerksverein in Schonnebeck einberufenen, von etwa 500 Bergarbeitern besuchten Versammlung, wo Tebriggs (Gew.) und Seifert (Verb.) sprachen. In Massen sprach in einer von etwa 700 Bergarbeitern besuchten Versammlung Kamerad Götte-Bochum, an dessen Ansprechungen sich eine lebhafte Diskussion schloß. Allseitig wurde zum Ausbruch gebracht, daß die Bergarbeiter zum Auseinander entschlossen sind.

Die Versammlung in Hamm, wo Kamerad Hermes-Kastrop sprach, war überfüllt und die Stimmung sehr erregt. Das gleiche war der Fall in einer von über 400 Bergarbeitern besuchten Versammlung in Hordel, wo Kamerad Becker-Essen sprach. Eine große Anzahl Diskussionsredner führte bewegte Klage über niedrige Löhne und die höchst unerträgliche Behandlung, welche sich die Bergarbeiter gefallen lassen müssen. Auch hier wurde unter allseitiger Zustimmung von allen Diskussionsrednern ausgesprochen, daß das Maßregelungsbureau der Grubenherren eventuell durch einen Streik abgewehrt werden müsse. Den gleichen Verlauf nahm eine von über 500 Personen besuchte Versammlung in Horstmar, wo Kamerad Dunker-Hamborn sprach. In überfüllten Versammlungen in Lüdinghausen und Kastrop sprach Kamerad Arnsdorf-Oberhausen. Auch in einer überfüllten Mitgliederversammlung der Zahlstellen Essen, wo Kamerad Böhler-Bochum sprach, beschäftigten sich die Kameraden mit dem von den Grubenherren geplanten Maßregelungsbureau. Es sprachen eine ganze Anzahl Diskussionsredner, die sämtlich unter allseitiger Zustimmung betonten, daß gegen dieses Maßregelungsbureau mit allen Mitteln angekämpft werden müsse.

Am 1. November fanden ebenfalls noch eine Anzahl Versammlungen statt, über die uns Berichte bei Schluss der Redaktion jedoch noch nicht vorlagen. jedenfalls aber haben die Versammlungen, über die uns Berichte zugehen, gezeigt, daß die Bergarbeiter sich weitere Schutzregelungen nicht mehr gefallen lassen werden und entschlossen sind, das geplante Maßregelungsbureau mit allen Mitteln abzuwehren. Wird die Regierung, werden die Parlamente die Stimmen der Bergarbeiter hören? Wir wollen hoffen, daß sich diese Faktoren den Gejahr, welche unser gesamtes Wirtschaftsleben bedroht, bewußt werden, bevor es zu spät ist. In allen Versammlungen wurde folgende Resolution einstimmig angenommen:

Die heute in . . . im Lokale des Herren . . . von . . . Personen besuchte Bergarbeiterversammlung erklärt, daß sie sich mit der vom Bechenverband für das rheinisch-westfälische Steinkohlenrevier beabsichtigten Einführung eines Zentralarbeitsnachweises nicht einverstanden erklären kann und will.

Durch den Arbeitsnachweis auf der gedachten Grundlage würde das Freizügigkeitsrecht der Bergarbeiter aufgehoben, die freie Verfügung über ihre Arbeitskraft auch dann illusorisch gemacht, wenn sie die Arbeitsstelle wechseln wollen. Die Bergarbeiter würden durch diesen Arbeitsnachweis völlig in die Gewalt des Bechenverbandes und seiner Organe gegeben, sie würden also unfrei.

Unter den jüngsten Verhältnissen können die Bergarbeiter niedriger Entlohnung, schlechter Behandlung durch die Grubenbeamten sowie sonstigen auf der Grube bestehenden Mißständen dadurch entgehen, daß sie ihr Arbeitsverhältnis kündigen und auf diese Weise ihre Lage zu verbessern suchen. Wird der geplante Arbeitsnachweis eingeführt, so wird ihnen diese Möglichkeit genommen; sie müssen sich dann schlechte Entlohnung und Behandlung sowie sonstige Mißstände gefallen lassen. Findet wegen schlechter Bezahlung, schlechter Behandlung der Arbeiter oder wegen sonstiger Mißstände ein starker Belegschaftswechsel statt, so werden die Grubenbesitzer dadurch gezwungen, die vorhandenen Mißstände abzustellen. Wird der durch die vorbezeichneten Gründe hervorgerufene Belegschaftswechsel durch Zwangsmaßnahmen unmöglich gemacht, so muß — abgesehen davon, daß ein solcher Zwang wider die guten Sitten verstößt — die Unzufriedenheit der Bergarbeiter unzählbar gesteigert werden und es werden dadurch auch erhebliche Gefahren für die Sicherheit und Gesundheit der Bergarbeiter herauftreten.

Endlich bietet der geplante Arbeitsnachweis auch unzählige Handhaben, organisierte Bergarbeiter oder solche, die sich sonst auf einer Grube irgendwie mühelos gemacht haben, zu schikanieren und dadurch das Koalitionsrecht der Bergarbeiter illusorisch zu machen oder doch wenigstens bedeutend einzuschränken.

Alle diese Gründe zwingen die Bergarbeiter, dem vom Bechenverband geplanten Arbeitsnachweis den äußersten Widerstand entgegenzusetzen. Die Versammlung bittet daher den Herrn Minister für Handel und Gewerbe dringend, im Interesse des Friedens im rheinisch-westfälischen Steinkohlenbezirk dahin wirken zu wollen, daß der Arbeitsnachweis auf der vom Bechenverband geplanten Grundlage unterbleibt und wenn ein Arbeitsnachweis eingeführt wird, dies auf paritätischer Grundlage geschieht.

Das Bureau der Versammlung wird beauftragt, diese Resolution dem Herrn Minister für Handel und Gewerbe zur Kenntnisnahme zu übermitteln.“

## Abrechnung.

Folgende Zahlstellen haben für den Monat September 1909 bei der Hauptkasse in Bochum abgerechnet:

Aachen 88,10, Auf dem Schne 284, Ahlen 110,50, Alten 32, Altenbochum 338,40, Altenessen 94,10, Altendorf-Ruhr 210,10, Altendorf-Rheinland 311,70, Alt-Läppig 239,80, Alstaden 483,80, Alsfeld (August) 4, Altenendorf 68,10, Altenendorf 183,40, Alten 104,90, Argesdorf 31,70, Aplerbeck 561,20, Aplerbeckermark 600,40, Andern 63, Aicherseleben 353,80, Ahsfeld 258,70, Ahusen 116,50, Auerbach 40,50, Altenburg 123, Ahsberg 110,40 Mf.

Barop 507,50, Baukau 370,80, Barsinghausen (August-September) 38,20, Barum 33,20, Barneberg (August-September) 45,60, Benninghofen 242,80, Bergerhausen 237,90, Berge-Borbeck 359, Beck 218,10, Beckhausen 158,50, Bergkampen 541,10, Beckedorf 58,90 (August) 78, Beckendorf 26,50, Bernau 9,30, Berndorf 204,50, Beiersdorf 168,90, Billerbeck 208,30, Bittermark 172,70, Blaßberg 58, Blankenstein (August) 21,60, Bottrop I 275,30, Bottrop II 552,60, Bottrop III 104,50, Bottrop IV 9,40, Bochum I 264,90, Bochum II 592,20, Bochum III 301,20, Bochum IV 293,30, Bochum V 169,90, Bochum VI 274,40, Bochum VII 390,40, Bochum VIII 215,40, Bochum IX 226,90, Borbeck 397, Bodewitz 153, Bönen 8,40, Börne 51,60, Bönen 429,80, Bövinghausen 215,20, Bommern 399,80, Brackel 480,90, Brambauer 897,70, Brau 654, Bredenbeck 53,70, Bredeney 99,30, Bredenheid 187,80, Buer 584,80, Büsche 223,50, Brüninghausen-W. 187,80, Buchhausen 524,20, Bodelschwingh 139, Bardenberg 125,60, Bachem (August-September) 20,80, Bergath 13,50, Bonn 100,50, Bergen 146,20, Brühl 25,90, Bickendorf 30,10, Bayern (August-September) 44, Büderich 17,50, Butendorf 501,20, Breitenbach (August-September) 40, Castrop 216,80, Catzen 280,20, Cörne 63,50, Eschweiler 122,80, Conradswalde (3. Quartal) 103,80, Clettwey 61 Mf.

Dahlhausen I 276,20, Dahlhausen-Hösterholz 177,40, Derne 298,30, Dettwig 166, Denzen 167,90, Denninghausen 128,70, Dinslaken (August-September) 77,50, Dortmund 270,90, Dorfstadt 331,30, Dittersbach 213,60, Döllig 63,60, Dörös 165,60, Drebach 48,40, Dülmen 47,20, Dümpen I 142,10, Dümpen II 188,40, Dümpen III 97,70, Dörfeln 143,90, Dreher 136,30, Dresdener Bezirk 654,60 Mf., Eichholz 589, Eichholzhofen (August) 427, Eidel 583, Einbeck 30,40, Elgershausen 88,70, Egeln 116, Eppendorf 265,70, Erle I 314,60, Erle II 325,90, Erkenschmid 583,80, Esen 863,30, Esborn 308,70, Ende 138,10, Empelde 29,60, Eschede 53,20, Effen-W.-Holsterhausen 88,80, Eschede 50,80, Esing I 317,10, Esing II 479,10, Esing III 426,10, Etgersleben 33, Eschweiler 681,40, Eschweiler 291,80, Eschweiler 282,50, Eschweiler 182,70, Frohlinde 67,80, Frohnhausen 110,70, Frose 40,50, Freisenbrück 280,20, Gütersloh 401,10, Gellinghausen (August-September) 30,40, Hahlen 84,60 Mf.

Gambrup 76,80, Gehrden 40,80, Gierswalde 88, Giesen 40, Gottesberg 072,10, Große-Büden 19,20, Groß-Rügge 79,10, Groß-Schönig 120,70, Groppenbruch 188,20, Gelsenkirchen I 680,50, Gelsenkirchen II 621,80, Gelsenkirchen III 637,80, Gelsenkirchen IV 526,80, Gelsenkirchen V 142,80, Gladbeck I 770,80, Gladbeck II 567,50, Gleben 89,40, Grevel 80,20, Grünhövel 68,80, Günnsfeld 55,30, Güsten 20, Groß-Niedendorf 87,90, Grünig (August-September) 30 Mf.

Hanover 121,40, Hanover II 465,80, Hartau 180,80, Haßlinghausen 489,80, Hamm 96,80, Hamm 121,40, Hamm II 465,80, Hartau 180,80, Haßlinghausenweg 57,20, Haßlinghausen 321,80, Hachen 82,10, Helsen 800,80, Hellingen 188,40, Hanschau 928,10, Hansdorff 608,80, Halle 115,80, Herren 688,70, Herne 1277,10, Herren 865,70, Herren 199,90, Herbede (August) 182,20, Hermannsberg 186,80, Herren 181,40, Herren 182,80, Herren 183,80, Herren 184,80, Herren 1

## Berbandsnachrichten.

Den Zeitungsvaten liegt diese Woche ein Kuvert bei. Die Zeitungsvaten werden ersucht, dasselbe an den 1. Vertrauensmann abzugeben.

**Achtung!** In letzter Zeit werden wir mit Anträgen auf Gewährung Kameraden, die erst kürze Zeit Mitglied sind und statutarische Unterstüzung noch nicht beanspruchen können, wollen bei den geistigen Vorkommissionen außerordentliche Unterstüzung haben. Wir machen darauf aufmerksam, daß der Vorstand diese nicht berücksichtigen kann. Wir ersuchen die Ortsverwaltungen, solche ausstehenden Unterstüzungsanträge zurückzuweisen und dieselben nicht erst eingulden. Es muß immer wieder auf die Bestimmungen des Statuts verpielen werden. — **Dienstesgefüche können unter keinen Umständen berücksichtigt werden.**

### Auf die Zahlstellenverwaltungen.

Wir ersuchen die Zahlstellenverwaltungen, möglichst schon im November die Zahlstellenverwaltungen für das Jahr 1910 wählen zu lassen. Erfahrungsgemäß sind im Dezember die Mitglieder-Versammlungen in der Regel nicht so gut besucht als sonst. Ist es doch schon vorgekommen, daß an den letzten Sonntagen vor Weihnachten die Zahlstellen-Versammlungen so minimal besucht waren, daß es nicht einmal üblich war, die Ortsverwaltungswahlen vorzunehmen. Deshalb halten wir es für tunlich, daß in den November-Versammlungen schon die Wahl der Ortsverwaltung auf die Tagesordnung gesetzt wird. Der Wechsel der Geschäftsführung von den eventuell Neugewählten beginnt selbstverständlich mit Beginn der Geschäftsjahres 1910. Die Mitglieder ersuchen wir, die Versammlungen, wenn eben möglich, zu besuchen.

Wegen Streikbruch sind folgende Mitglieder aus dem Verbande ausgeschlossen worden: Opt.-Nr. 289408 Gustav Kultus, 289418 Otto Kleemann, 280009 Albert Wiese, 250008 Albert Raabe, 284042 Wilhelm Leonhardt, 147499 Albert Engel. — **Der Vorstand.**

**Weidrich I.** Hier ist ein Brief mit fünf Sammelstellen Nr. 1881 bis 1886 für die Schweden verloren gegangen. Der ehrliche Finder wird ersucht, denselben beim Vertrauensmann abzugeben.

**Hochstr. I.** Sonntag, den 7. November findet eine allgemeine Sonderversammlung statt. Die Kameraden werden ersucht, sich recht zahlreich zu beteiligen. Treffpunkt morgens 1/10 Uhr beim Kameraden Gildebrand, Wirs, Kolonie A, Straße 2 g.

**Scherbeck.** Der fröhliche Bote, Kamerad Maxmilian, hat die von ihm verloren gegangenen 90 Beitragsmarken wiedergefunden und an die Hauptstelle eingefandt.

### Bibliotheken.

**Gladbeck II.** Die Bücherausgabe findet jeden Sonntag von 10 bis 11 Uhr im Rechtschreibbüro statt.

**Kaer.** Die Zahlstellen-Bibliothek ist wieder eröffnet. Die Bücherausgabe erfolgt jeden Sonntag, vormittags von 11—12 Uhr, im Lokale des Herrn Schulte (früher Steinling), Hellweg 45.

**Mensfort.** Die Bücherausgabe findet jeden Sonntag von 10—11 Uhr beim Kameraden Wassermann, Kirchhessenstraße 42, statt.

### Bücherrevision.

In folgenden Zahlstellen findet Revision der Mitgliedsbücher statt und werden die Kameraden gebeten, dieselben bereitzulegen, damit der Revisor unnötige Wege erspart bleibt:

**Braunauer.** Am Montag November.

**Reinert.** Vom 10. bis 20. November. Zu diesem Zweck werden sämtliche Bücher eingezogen.

## Achtung! Bergarbeiter Achtung!

### Das Attentat auf das Freizügigkeits- und Organisationsrecht der Bergarbeiter

so lautet das Thema, über welches in folgenden öffentlichen

## Bergarbeiter-Versammlungen

gesprochen wird, und zwar am Sonntag, den 7. November 1909:

**Annen-Rüdinghausen.** Nachm. 3 Uhr, im Lokale des Herrn Gupfeld, Rüdingh.

**Aplerbeck.** Nachmittags 3½ Uhr, im Lokale des Herrn H. Becker.

**Barop-Hombruch.** Vorm. 10½ Uhr, im Lokale des Herrn Bergmann, Baroperheide.

**Elpringhausen.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Siepermann.

**Erkenschwick.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Walter.

**Gelsenkirchen-Heckendorf.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Fr. Keller.

**Herten.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Wilh. Heinz, Ewaldstraße.

**Horstermark.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale des Herrn Heinrichs.

**Mülheim-Ruhr.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Kühl, Brückstraße.

**Oberdissen-Scherlebeck.** Nachm. 4 Uhr, im Lokale des Herrn Thiemann.

**Wellinghoven.** Vormittags 11 Uhr, im Lokale der Witwe Wierken.

**Werne b. Langendreer.** Nachmittags 4 Uhr, im Lokale des Herrn Ewald.

**Westerholt.** Nachm. 5½ Uhr, im Lokale des Herrn Rottmann, Industriestr.

**Wickede-Asseln.** Nachm. 5 Uhr, im Lokale des Herrn Sommer, Wickede.

**Witten.** Nachmittags 5 Uhr, im Lokale des Herrn Röthmeier, Ardeystr.

Kameraden! Bergarbeiter, erscheint in Massen in diesen Versammlungen! Es gilt, den

Werkleihern, der Oeffentlichkeit und der Regierung zu zeigen, daß ihr nicht gewillt seid,

euch das neue Stolzenjoch aufzuhängen zu lassen. Nur die Majenerhebung der Bergarbeiter kann den Schlag, welchen die Werksherren gegen die Bergarbeiter führen wollen, parieren

und die Regierung veranlassen, vermittelnd einzutreten. Kameraden, es gilt unsere elemen-

tarsten Menschenrechte zu verteidigen! Daraum bleibe keiner zu Hause. Auf zum Protest!

Die Einberufer.

### So lange ich denken kann,

### war ich nur ein halber Mensch.

Ich bin freis milde und abgewandt gewesen, hatte, obwohl ich blutarm war, immer Rosenblüten und sah aus wie der Tod. Das ganze Jahr war ich in ärztlicher Behandlung, nahm alle möglichen blutbildenden Mittel ein, aber vor einer Besserung war keine Spur. Mit der Zeit wurde ich melancholisch. Ein Freund von mir befahl mir mich 30 Minuten Lombardei-Stahlbrunnen, sonst nach der fünften Flöse bemerkte er eine leichte Besserung. Ich wurde lebhafter. Nachdem ich alle Blasen vertragen hatte, war ich ein anderer Mensch. Wenn ich mich abends zu Bett legte, war ich nicht so ruhig als früher, wenn ich morgens aufwachte und das dachte ich nicht Gott ließe mir keinen Wasser. Mit Freuden reiste ich ihnen fort, daß ich eine See gebraucht und die See sollte mich schaden habe. — Das Wasser, das ich wie ein reizender Geist, ich war gar stolz, daß es mir so gut geht. — Der Stahlbrunnen hat bei meiner Verblähung geholfen. — Es ist alte Leute eine wahrer Zeigt der ganzen Welt da. Solche Worte der Anerkennung nach erfolgreichen Kuren sind der beste Beweis für die trefflichen Eigenschaften dieser Heilquelle. Erkrankten im Hause mit Lombardei-Stahlbrunnen waren empfohlen. Keine Berücksichtigung. Ausführliche Mitteilungen über die Erfolge und Anwendungsbereitl. lösbarlos durch die Verwaltung des Lombardei-Stahlbrunnen in Düsseldorf SW. 194.

Preis 1. Rotelein 70 Pf.

## Nervenschwäche

und Männerkrankheiten. Preisgeträger, Lehrreicher Regele von Spezialist Dr. med. Kandler zur Behandlung und Heilung von Gehirn- und Nervenkrankheiten. Erfolgreiche Behandlung, Dolgen und nervenreduzierende Leidensformen, Geschlechtskrankheiten, aber jungen gegen seitigen Zeiten. Für jeden Mann von sechzig und darüber gegebene Raten. Für 1.60 M. in Briefmarken vor Dr. Rumpler Kass., Genf 752 (Schweiz).

Wer kann

mit mir zusammenarbeiten?

Wiederholung

Deusen. Vom 1. bis 25. November.

Gohra. Am 7. November.

Marienhal. Sonntag, den 7. November.

Neudorf. Vom 1. bis 15. November.

Overhausen III. Vom 1. bis 15. November.

Ober-Sprockhövel. Vom 1. bis 20. November.

Oelsnitz. Im Monat November.

Regis. Im Monat November.

Schönbeck II. Vom 7. bis 15. November.

Sonneberg. Vom 1. bis 15. November.

Todenber. Vom 10. November an.

### Krankenunterstützungszuzahlung.

**Bochum VI.** Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vor-

mittags von 11—1 Uhr, in der Wohnung des Kassierers: Bergmannstr. 5.

**Welsch.** Jeden Dienstag vor morgens 9—8 Uhr nachmittags in der Wohnung des Vertrauensmannes Joh. Beeh, Gartenstraße 6.

### Kreispendemarken.

In folgenden Zahlstellen werden Kreispendemarken à 10 Pf. gesetzt:

**Braunauer.** Im Monat November.

**Eppendorf.** Im Monat November.

**Gladbeck II.** Im Monat November.

**Hofstede.** Im Monat November.

**Welderich I und II.** Im Monat November.

**Oelsnitz.** Im Monat November.

### Kontrollen.

Jeden zweiten und vierten Sonntag im Monat, vor-

mittags von 11—1 Uhr, in der Wohnung des Kassierers: Bergmannstr. 5.

**Gardinen.** Vom 1. bis 25. November.

**Gudow.** Vom 1. bis 20. November.

**Hörde.** Vom 1. bis 15. November.